

Schlesische

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Mit der 14 tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern“ und den Beilagen „Unterhaltung, Wissen und Kunst“, „Der Kampfprolet“, „Die Rote Sigel“.
Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Hittersbach, Weiskirchen, Wischnitz.

Anzeigenpreis: Die 10spaltige Millimeterzeile ab. deren Raum 10 Goldpfennig. Stellen- und Wohnungsangelegenheiten 4 Goldpfennig. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 4 Goldpfennig ober deren Raum im Text 30 Goldpfennig.

Freitag, 13. Juni 1924

Abonnementspreis: Bei wöchentlich 6maligem Erscheinen monatlich 2.— im wöchentlich 50 Pf. Einzelheft. Durch Straenpost u. Post 10.—
Redaktion und Expedition: Breslau, Treibitzer Straße 50. — Postfachkonto Breslau Nr. 210 00. — Fernsprecher: Breslau, Ring 8337.

Das Kapital fordert seine Opfer.

Schweres Grubenunglück in Gottesberg. — 7 Kameraden sind tot.

(Eigener Bericht.)

Gottesberg, 12. Juni.

Am Mittwochabend gegen 6 Uhr ereignete sich in Gottesberg auf dem Eigentum der Schlesischen Kohlen- und Holzwerke ein schweres Unglück. In einem Querschlag der dritten Sohle gab es im 320 Meter Teufe einen plötzlichen Kohlensturzenbruch, der 37 Bergleute mit dem Tode bedrohte. Durch die sofort in Angriff genommenen Rettungsarbeiten, an der sich die Belegschaft der Nachbarschachte eiligst beteiligten, wurden 30 Verletzte unverletzt geborgen. Von den übrigen 7 Kumpels sind bis jetzt 4 als Leichen geborgen; es ist keine Aussicht, daß die 3 letzten dem Tode entgehen. Vor dem Grubenunglück sammelten sich große Menschenmengen und alle Kameraden und die Frauen und Kinder sind vom großen Schmerz betroffen. Sie beklagen sieben Kameraden, die dem grausamen Kapital zum Opfer gefallen sind. Ein ausführlicher Bericht wird folgen.

Wir kennen noch nicht genau die Ursachen und die Entstehung dieses furchtbaren Unglücks. Aber es besteht nicht der geringste Zweifel, daß das wahnsinnige Antreiber-system und fruhle Vernachlässigung der Sicherheitsmaßnahmen durch die kapitalistischen Menschenschinder unsere Kameraden dem grausamen Tod geopfert haben. Sieben Kameraden sind tot, ihre Frauen verlieren den Mann, die Kinder weinen um den Vater, der sie ernährt hat.

Fluch dem Kapital, das die ausgebeuteten Kumpels betrachtet, als seien sie tote Maschinen, die man billig ersetzen kann. Der Fluch der Männer und Weiber und Kinder soll

schwer auf die Menschenschinder fallen, die mit dem Leben unserer Kameraden spielen, als sei es ein Nichts.

Männer und Weiber und Kinder fordern die strengste Untersuchung und die schärfste Bestrafung der Schuldigen. Die Arbeiter fordern, daß sie selbst als die Sachverständigen Schuld und Ursache feststellen.

Aber wir wissen, die Behörden haben immer unter einer Dede gesteckt mit den menschenmorderischen Kapitalisten.

Dies Unglück in Gottesberg steht nicht vereinzelt da. Im Ruhrgebiet gab es Monat um Monat, Woche um Woche Tod, Verwundung, Verstümmelung — ungezählte Opfer jeden Monat — Opfer des brutalen Antreiber-systems. Die Profitgier der Grubenbarone, die keine Grenzen kennt, läst alle Sicherung außer acht, Sicherungen sind ihnen zu kostspielig. Wer fragt nach Menschenleben — es gibt ja genug der Arbeitslofen.

Wir wissen und sagen es allen Kameraden: es wird so weiter gehen mit Hunger und Not und Tod, so lange wir nicht mit dem Zorn des revolutionären Lohnsklaven Ordners schaffen und die Schinder strafen!

Sieben Bergarbeiter sind tot; wir stehen an den Gräbern der Brüder; wir schwören, daß wir abschaffen werden das Zuschuss-system, das Hungersystem, das kapitalistische Spiel mit Menschenleben!

Und wir trauern alle, Männer und Weiber und Kinder, solidarisch und brudertlich um die sieben Kameraden, die das Kapital in den dunklen Schächten erwtirgte . . .

Eisenbahner, seid auf der Hut!

Die Herren Führer proklamieren formell den Streit und wollen ihn verhindern. — Die Regierung droht. — Der Kampf wird kommen!

(Eigener Drahtbericht.)

Breslau, 13. Juni.

Die drei Eisenbahnerverbande haben einstimmig beschloßen, den Streit zu proklamieren, falls das Reichsverkehrsministerium auf Abkundung der Lohnforderung verharret. Dieser Streikbeschluss ist jedoch nur formell, denn sie haben zugleich beschloßen, ernuete Verhandlungen vorzunehmen. So gehen nun seit Tagen die Verhandlungen fort. Die Verbandsburokraten machen großen Theaterdonner und proklamieren dem Namen nach den Streit, indem sie zugleich alle Hebel in Bewegung setzen, um diesen selbst den Streit unmöglich zu machen. Die Verhandlungen, die diese Herren gestern (Donnerstag) nachmittag geftihrt haben, ergaben, daß das Reichsverkehrsministerium „nicht abgeneigt“ ist, zu neuen Verhandlungen über die Reduktion der Dienstzeitvorschriften und über die Bezahlung der 9. Arbeitsstunde sich herbeizulassen — vorausgesetzt sieht kommt der Pferdebahn, daß die Gewerkschaftsführer ihre Forderung auf 30prozentige Lohnerhöhung fallen lassen. Für heute sind Verhandlungen der Gewerkschaftsführer mit dem Reichs-lanzler angelegt. Es ist den Gewerkschaftsvertretern bereits erklärt worden, daß die Entscheidung über die geforderte Lohn-erhöhung bei der gesamten Regierung liege.

Diese letztere Erklärung ist eine offene Drohung. Es ist ganz klar, daß die Regierung mit allen Mitteln sich gegen die Lohnerhöhung wehren wird. Denn diese Regierung, deren Ruhm unsere Herren Sozialdemokraten, unsere Herren Christen usw. täglich im Munde führen, ist die Regierung, die das Sach-verständigen-Gutachten akzeptiert und damit die gesamte Reichs-bahn dem internationalen Kapital in den profitgierigen Klauen werfen wird — falls das deutsche Proletariat, die Eisenbahner an der Spitze, nicht durch den schärfsten Klassenkampf diese Schandplane vernichtet. Ein jeder Kampf der Eisenbahner, der heute um Lohnerhöhung geht, und der Wiedererobering des Achtstundentages gult, ist naturnotwendig von selbst ein Kampf gegen diese Auslieferungsbildder einer Regierung, die nach der Weise des amerikanischen Generals und der internationalen Schwerkapitalisten tanzt.

Die Rolle der arbeitenden Klassen Gewerkschaftsführer, die ja die Säulen dieser Auslieferungsbildder sind, ist trotz aller Theatermanover klar. Und die Stimmesprecher, die ihre Pappentheater kennt, erklärt, daß diese Herren sich zwar über die schädliche Wirkung einer Lohnaufbesserung der Eisenbahner einig“ sind, daß sie aber fürchten, „daß der Einfluss der Kommunisten, der an sich bereits im Steigen ist, noch bedenklich wachsen wird.“ Sie wollen daher auf jeden Fall durch das Eintreten für die Lohnaufbesserung die Gesamtheit ihrer

Mitglieder wieder fest in die Hand bekommen.“ So schreibt z. B. der Breslauer „Generalanzeiger“ und mit haarscharf gleichen Worten die gesamte schwerindustrielle Presse.

Wie unsere eigenen und auch die bürgerlichen Meldungen übereinstimmend feststellen, ist im ganzen Reiche, vor allem in Berlin, im Westen und im Süden die Masse der Eisenbahnarbeiter in auerster Erregung. Die revolutionären Betriebsräte verlangen die unverzügliche Aufnahme des Kampfes. Sie legen den Kollegen das ganze heuchlerische Spiel der Bossen dar und fordern vor allem, daß diesmal der Kampf im ganzen Reiche geschlossen und Seite an Seite mit den Beamten geführt werden muß. Es ist möglich, daß die Gewerkschaftsführer durch ihre Verhandlungsmannover die offene Kampfaufnahme noch einige Zeit hintanhalten werden können — um so energischer müssen die Vorbereitungen im ganzen Reiche durchgeführt werden.

Jetzt heißt es: Seid auf der Hut vor diesen Herren Arbeits-Gemeinschaftlern, die in Berlin hinter verschlossenen Turen beraten und vor der Regierung laufend Verheugungen machen! Die Eisenbahnarbeiter und Beamten wissen, welche gewaltige Macht in ihren Händen liegt; sie müssen sie einsetzen zum Kampf für die Lohnerhöhung, zum Kampf für die Wiedererobering des Achtstundentages, zum Kampf gegen die Ueberlieferung der Reichsbahn an die räuberischen Privatausbeuter in Amerika, England, Frankreich usw.

Dieser Kampf muß kommen und er wird kommen. Und es wird ein gewaltiger Kampf sein. Mögen sich unsere Herren Regierer und Gewerkschaftsvertreter darauf gefaßt machen! Das Struben und Schemeln ist unnutz.

Die Kapitaloffensive in Polen-Oberschlesien.

(Eigener Drahtbericht.)

Katowice, 12. Juni.

Die Lage in der polnisch-oberschlesischen Industrie verscharfert sich. Fast täglich werden neue Entlassungen und Stilllegungen vorgenommen. Die Friedenshütte hat am Dienstag 2500 Arbeiter auf die Straße geworfen. Von den noch bei der Laurahütte beschäftigten 1100 Arbeitern sollen weitere 500 entlassen werden. Die Warilbonhutte wird im Unterer 2000 Arbeiter entlassen. — Das ist daselbe Bild wie im Ruhrgebiet, von wo täglich neue Stilllegungen gemeldet werden. Das ist daselbe Bild in ganz Deutschland. Aus Angst vor der Rebellion der Arbeiter hat die polnische Regierung Gegenmaßnahmen gegen die Stilllegungen ergriffen, hat den Unternehmern Riesensummen in den Klauen geworfen — umsonst. Helfen kann dem Arbeiter nur eine Kontrolle der Produktion durch die Organe des Proletariats selbst. Dazu aber bedarf es der Aufhebung des Kampfes an der vorderen Front!

Die drohende Massenarbeitslosigkeit.

Eine neue Kiesenwelle der Arbeitslosigkeit beginnt Deutschland zu überschwemmen und droht Millionen von deutschen Proletariern zu erstickern. Die Krise der deutschen Wirtschaft spitzt sich in außerordentlich scharfer Weise wieder zu. Nach einer leichten Schwankung ist die Verschärfung wieder eingetreten. Erneut zeigt sich die völlige Konkurrenzunfahigkeit des deutschen Kapitals gegenuber dem des Auslandes im klarem Lichte. Einige Beispiele aus einer Rede des früheren Präsidenten der Reichsratlieferungskommission, des jetzigen Vorstandsmitglieds der Maschinenfabrik Augsburg-Nurnberg, Guggenheimer, vom 16. Mai 1924 zeigen schlagend diese Tatsache:

Die Verhalte über das Verhältnis der deutschen Preise zu den Preisen des Auslandes und zu den Preisen der mit diesem Ausland im Wettbewerb stehenden Konkurrenz dritter Länder laufen fast übereinstimmend dahin, daß weder mit den Preisen, die die Industrie des Landes selbst stellt, wie mit den Preisen, die die Industrie des Auslandes stellt, wie jenen, die das Ausland dort macht, die deutschen Preise zu konkurrieren vermögen. Die Nachrichten aus Oesterreich besagen, daß die deutschen Preise um 100—150 % höher stehen als die Konkurrenzpreise. ehnliches teilt die Schweiz mit. In Portugal werden die deutschen Preise als um 50 % höher als die des Auslandes bezeichnet. Für England, Frankreich, Belgien, Italien, Rumänien, Schweiz, Spanien, Oesterreich, Tschechoslowakei wird mit Rückblick auf die dort konkurrierenden Preise fast allgemein der Ausschluß von deutschen Schienen, Blechen, Kabinen, Walzdraht, Schmiedestuden, Brudenteilen, Draht, erzeugnissen, Riemen und Werkzeugmaschinen gemeldet. Nicht eine Mitteilung aus diesen Staaten spricht von der Erhaltung des deutschen Absatzgebietes dorkelbst!

Auch andere Industrien, so die Textilindustrie, erklären, daß ihre Preise im Ausland in Selbe und Werte bei gleichen Qualitäten um 15 bis 20 Prozent über jenen der Konkurrenz stehen und in Baumwolle um 3 bis 7 Prozent über dem Weltmarktpreis.

Die seit Mai beginnende Verschärfung der Krise ist nichts anderes als die Fortsetzung und Verschärfung der Krise der deutschen Wirtschaft, die im September/Oktober 1923 scharf in Erscheinung getreten ist. Diese Verschärfung geht unvermittelt ein, erscheint daher als Umschlag, als Beginn einer neuen Krisenperiode. Sie beginnt mit dem Zusammenbruch kleinerer, kleiner und mittlerer Kapitalisten durch verschaltete Finanzpekulation. Dabei geht es um die in jeder Krise übliche Vernichtung von Kleinburgerlichen und kleinen bürgerlichen Existenzen, um deren Auffangung durch die großen Kapitalisten. Die Zahlen aus der ersten Zeit zeigen, daß es sich um zunächst geringfügige Beträge handelt. Viele Konkurse werden gerichtlich durch Passiven von 10 000, 25 000, 50 000 Mark. In vielen Fällen zieht der Zusammenbruch kleinerer Banken die Vernichtung kleinerer Industrieller nach sich, in anderen liegt deutlich „betrüglicher Bankrott“ vor. Ein Bankrott, bei dem die Inhaber der Firma ihr Schadchen vorher ins Trockene gebracht haben. Mit der Geschaftsauffat, von denen viele überhaupt nicht angemeldet werden, werden die Bankrotte verifiziert und erst recht zu betrüglichen gestempelt.

Zwei größere Zusammenbrüche sind beachtenswert: das ist einmal der Zusammenbruch der Feder-Stahlwerke, das andere Mal der der großen Maschinenwerke von Jagod. Bei beiden ist charakteristisch der auffallige Mangel an Geldkapital. Beide haben dauernd ihre Werke erweitert gerade in der letzten Zeit sich vom Kapital in Geldform völlig entblößt, so daß sie in falscher Abschagung der Konjunktur große Erweiterungsbauten vornehmen ließen. Es ist selbstverständlich, daß bei dem Mangel an Kapital in Geldform sie als erste Opfer fallen. Bei dem Stahlwerk Feder insbesondere, dessen Gesamtanlagen auf etwa 30 Millionen Goldmark geschätzt werden, handelt es sich um Passiven in Höhe von 9 Millionen, denen außerdem Außenstände — allerdings zurzeit unzureichend — in Höhe von 3 Millionen Goldmark gegenuberstehen.

Dies zeigt sich die spezifische Form, in der die Krise nun nächst erscheint: das ist die Kreditkrise, der Mangel an Kapital in Geldform. Die in Deutschland zirkulierende Menge von Geld ist gegen die Vorkriegszeit stark zurückgegangen. Betrug sie vor dem Kriege etwa 3 Milliarden Goldmark, so befinden sich jetzt höchstens 1 1/2 Milliarden im Umlauf. (400 Millionen Goldmark Reichsbankstand und zirka 2 Milliarden in ausländischen Noten und Devisen die einem Vorkriegswert von rund 1 Milliarde entsprechen.)

Die Auswirkungen zeigen sich uberal: in der zunehmenden Passivität der Bankenhandelsbank, die einen Einfuhrungs-Überschuß seit Beginn dieses Jahres von 1 Milliarde Goldmark aufzuweisen hat (freilich ist der deutsche Außenhandelsstatistik kaum ein Wert beizumessen). Sie zeigt sich in dem Rückgang des Umlaufumsatzes, der in der letzten Woche um 55 Millionen zurückging. Er zeigt sich in der Unmöglichkeit des Devisenbedarfes, so daß sandliche fremde Gebnoten (außer in amerikanischen Dollars) voll zugeteilt werden. Freilich ist dies zum Teil auch auf eine erneut einsetzende Verschleierung des Reichsbank-devisenbestandes zurückzuführen. Die deutschen Kapitalisten rennen Sturm auf die Reichsbank, um erneute Kredite zu erzwingen. Es sind vor allem die kleineren, mittleren Kapitalisten, die ansturmen. Die Großindustrie hat andere Mittel und Wege, Kredite zu verschaffen, sie hat dazu die Golddiskontobank, die seit den paar Wochen ihres Betriebes über 100

Banken und Sparkassen in Devisen auszugeben hat. Die Großindustrie, vor allem die Montanindustrie, benutzen jedoch die Kreditperre, um damit völlig die kleineren und mittleren Kapitalisten zu vernichten. Sie unter ihre Vormachtigkeit zu zwingen. Daher erklärt Dr. Schacht, daß die Reichsbank keine Kredite ausgeben werde, daß die Geschäftsaufsicht nicht für die kleineren und mittleren Kapitalisten gelte, daher erkennt der Referent des Reichswirtschaftsministeriums für Devisen, Dr. Dalberg, auf einmal: „Der Reichsbankkredit ist jedoch kein echter Kredit; der Reichsbankkredit ist Kredit auf fiktiv geschaffenen (nicht vorhandenem) Kapital aus gedruckten Papierzetteln, der alle Gefahr für die Währung mit sich bringt.“ (Berliner Börsen-Courier vom 23. Mai.)

Sind die kleineren, mittleren Kapitalisten erst mit dem Strich der Kreditperre zum großen Teil aufgehängt, dann werden sich die Schwerindustriellen, trotz dieser schönen Reden, die Ausgabe von neuen Krediten wieder erzwingen. Zunächst jedoch beginnen sie mit der Krise einen riesigen Strich gegen die Arbeiterkraft. Sie werfen überall brutal ihre Lohnsklaven auf die Straße. Sie schließen einen Teil ihrer Betriebe, sie lassen einen Teil ihrer Arbeiter verkrüppelt arbeiten und pressen sie härter noch aus. Die Linde-Sophmann-Lauschhammer-Werke haben bereits zum Teil ihre Betriebe geschlossen, das Stahlwerk Hennigsdorf hat dieselbe Absicht. Die Deutschen Werke schließen ihre Werkstätten in Kassel, im Rheinland macht eine Hälfte nach der anderen, ein Walzwerk nach dem anderen die Bube zu, in Chemnitz haben bisher 60 Betriebe Kurzarbeit angekündigt, die Zimmermann-Werke schließen den Betrieb ganz die Textilmühle Thüringens und Sachsens schießt zum Teil ihre Betriebe.

So hat sich diese Verschärfung der Krise bereits bemerkbar macht, sie ist nur gering im Vergleich mit der, die einsehen wird mit der Ausführung der Vorschläge der Sachverständigen.

Bereits hat das Organisationskomitee für die Eisenbahnen beschlossen, 40 Prozent der deutschen Eisenbahnen, das sind fast 400 000 Arbeiter und Beamte, mit einem Federstrich ohne Brot auf die Straße zu werfen. Mit völliger Annahme werden ganze Industriezweige, auch große Konzerne, weite Wirtschaftsbereiche völlig stillliegen, ihre Proleten werden ohne Arbeitslosenunterstützung arbeitslos verrecken. Die Sachverständigen sagen selbst: „Es ist fürwahr einleuchtend, daß Deutschland, dessen Wirtschaft wieder aufgeblüht ist, einer finanziellen und wirtschaftlichen Krise in den umgebenden Staaten nicht lange standhalten könnte“, und zeigen damit, daß sie willens sind, die Krise zunächst in Deutschland mit aller Schärfe zum Ausbruch kommen zu lassen.

Die deutschen Kapitalisten bereiten einen scharfen Vorstoß gegen das gesamte deutsche Proletariat vor. Ein Teil, den sie aus ihren Betrieben hinauswerfen, soll ohne Unterstützung verhungern. Durch die verschärfte Ausbeutung des anderen Teiles versuchen sie die Krise zu überwinden. Die Kämpfe, die das deutsche Proletariat führt, erscheinen damit in einem ganz anderen Lichte. Sie sind gleichzeitig Kämpfe aller deutschen Kapitalisten gegen das gesamte deutsche Proletariat zur verschärfsten Ausbeutung jenes Teiles, der innerhalb der Krise noch ausgebeutet werden kann.

Das gesamte deutsche Proletariat muß diesen Kampf aufnehmen. Es muß diesen Kampf führen um den nächsten Tag, es muß ihn führen um die Erhöhung der Löhne auf 30 Prozent über den Friedenslohn. Es muß kämpfen mit Verschärfung der Krise, um die verkürzte Arbeitszeit für alle Arbeiter bei gleichzeitiger Auszahlung des vollen Lohnes, damit nicht ein Teil erwerbslos auf die Straße geworfen wird. Es muß kämpfen um die Wiedererrichtung der Gewerkschaften in die Betriebe. Die Erwerbslosen müssen mit den im Betrieb stehenden kämpfen. Sie müssen kämpfen um die Unterstützung in vollem Maße des Arbeitslohns. Der Kampf um diese Forderungen wird den Arbeitern zeigen, daß deren erfolgreiche Durchführung nur möglich ist, wenn es der Arbeiterkraft gelingt, die alleinige Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel dem kleinstein Kapitalisten, die in den Konzernen organisiert sind, zu entreißen. Legen die Kapitalisten Betriebe still und stürzen die Arbeiter ins Elend, um den Profit zu retten, so müssen die Arbeiter die Produktionsmittel durch ihre eigenen Organe und um ihrer Kontrolle fortzuführen. Die Eroberung der Kontrolle der Produktion muß das Hauptziel sein, auf das die gesamte Arbeiterkraft ihre ganze Kraft konzentrieren muß.

Die preussische Justizhande.

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages begann mit der Beratung der Justizangelegenheiten. Der Etat weist an Einnahmen 90 820 000 Mark an Ausgaben 184 000 000 Mark auf. Unter den Einnahmen bilden die Hauptquellen die Kosten und Geldstrafen mit 75 000 000 und die Einnahmen aus der Beschäftigung der Gefangenen 13 000 000 Mark. Abgekauft sind bei den höheren richterlichen Beamten 13 Prozent, bei den unteren und mittleren Beamten 18,3 Prozent, wie der Minister am 3. Juni hofft mitteilte. In Anträgen lagen außer zwei der sozialdemokratischen Partei 14 Anträge der kommunistischen Fraktion vor, die von den Genossen D. Buch, Düsselhof und Menzel-Halle begründet wurden. In den Anträgen wird die Ausübung des Richteramts nur durch Arbeiter, Angestellte und Beamte verlangt, die Schaffung eines politischen Ansehens und einer gesetzlichen Regelung des Auslieferungsvorgangs. Im Mittelpunkt der Verhandlung standen die Anträge, die eine

umfassende politische Amnestie und eine menschenwürdige Behandlung der Gefangenen

fordern. Außerdem wurde in den kommunistischen Anträgen verlangt zur Verbesserung des Strafvollzugs, für die Bekämpfung des Angelegers in den Gefängnissen weitere 100 000 Mark zu bewilligen, die Stellen der Strafanhaltspolizei zu streichen und die der Ärzte und Lehrkräfte zu erhöhen, sowie die Lohnbeträge, die den Gefangenen von ihrem Arbeitsverdienst abgezogen und einbehalten werden, diesen in vollem Umfang zur Unterhaltung ihrer Angehörigen zu belassen. Genosse Menzel beantragte ferner, eine preussische Staatsdomäne zu Verkaufszwecken auf dem Gebiet der Strafvollzugsreform zur Verfügung zu stellen, wie dies in Nordamerika und anderen Staaten mit Erfolg versucht worden ist. Die Ausgaben für Verpflegung der Gefangenen sollen so erhöht werden, daß diese in gleicher Weise wie die Mannschaften der Reichswehr genährt werden können. Für unschuldig erlassene Haft oder Unfall oder Tötung eines Gefangenen soll Erloß durch Erhöhung der Ausgaben gewährt werden.

Im ersten Tage plätscherte der Redestuh zwischen Kleinigkeiten hin und her, als ob es kein himmelfärendes Elend der Tausenden von Gefangenen und Verurteilten gäbe. In scharfen Worten gebelte Genosse Buch die Ausübung der „Rechtspflege“ an den Lippen des politischen Widerstandes, der Nahrungs- und Wirtschaftskatastrophe, sowie den politischen Verfolgten während des Parteiverbots und des militärischen Belagerungszustandes. Er forderte eine umfassende Amnestie.

Zentrum und Sozialdemokraten rückten sich zur Amnestiefrage der politischen Verfolgten aus. Der Demokrat Verndt sprach sich scharf gegen jede Amnestie aus, so daß Genosse Menzel ihn treffend zurück, ob er diese Rede auch vor den Stettiner Arbeitern halten würde.

Ausgerückt mit einem Material, das handweise geordnet war, schilderte Genosse Menzel am zweiten Verhandlungstage das Elend des Strafvollzugs. Wie John Lang es aus dem Munde des Ministerialrats Klein, daß ein Beamter ihm berichtet habe:

Das Elend im Gefängnis ist teilweise noch zu gut! Dabei sind im Etat ganze 40 Pfennig täglich pro Kopf des Gefangenen eingestellt. Der deutschnationalen Vertreter brachte es fertig, die Beiräte des Genossen Menzel in den Gefängnissen als aufreizend hinzustellen, er behauptete, Menzel habe geradezu Verleumdungen im Zuchthaus abgehalten. Selbst bei den verständigen Hauptern der Geheimräte erregte er damit Kopfweh.

Der Gang dieser Verhandlungen hat aufs neue bewiesen, daß nur eine scharfe Massenbewegung des Proletariats das Los der Eingekerkerten ändern und dieser Justizhande ein Ende machen kann.

Tod hinter Kerkermauern.

Am 12. Februar dieses Jahres trat der Genosse Christian Raich aus Oelschlag im Landesgefängnis Ulm eine von der deutschen Klassenjustiz verhängte Gefängnisstrafe an. Das Verbrechen des Genossen Raich bestand darin, daß er einem Faschisten einen Revolver abgenommen hatte, damit dieser den beabsichtigten Arbeitermord nicht durchführen konnte. Auf die Gerichte war das „schwerer Landesfriedensbruch“ und „schwerer Raub“. Der Genosse Raich wurde verurteilt und vollstänigen geistig im Ulmer Gefängnis eingeliefert. Während der Haft

erkrankte er und versuchte Unterbrechung der Haft zu erreichen. Alle Anstrengungen waren vergebens. Ein Gesuch an den Justizminister wurde abgelehnt. Trotzdem der Justizminister eine Haftunterbrechung für zulässig erklärte, schickte der Gefängnisarzt die Haftunterbrechung ab, da nur tödlich Erkrankte Strafaufschub erhalten könnten.

Er hat seinen Willen erhalten. In der Nacht vom 3. zum 4. Juni ist der Genosse Raich verstorben.

Noch kurz vor seinem Tode beschwerte sich der Wachtmeister darüber, daß Genosse Raich nicht arbeiten wolle.

Während der Eisenmörder Graf Arco seine Haft im Sanatorium verbrachte, während viele Staatsstreicher von München wegen Krankheit nicht zur Vollstreckung ihrer Strafe herangezogen werden, werden Proletarier im Kerker zu Tode gemartert.

Die Kommunistenhebe.

Die bürgerlichen Parteien sind sich bereits völlig einig, darin, daß man die kommunistische Partei so bald wie möglich verbieten muß. Sie bereiten darauf vor durch eine verstärkte Hebe gegen unsere Partei. Die Sozialdemokratie leistet dabei, wie immer, Helfersdienste, Herr Loebe versteht das besonders vorzüglich. Auch die sozialdemokratische Presse kann es sich nicht verkneifen, durch Wiedergabe der Spitzelmeldungen über die „deutsche Tscheta“ und ähnlichen Unsinn die Kommunisten ebenfalls zu verleumden. Die sozialdemokratische Partei trägt daher zur Verwirklichung der Absichten bei, die der Rappist Dr. Traub in der „Münchener Augsburger Abendzeitung“ folgendermaßen offen ausspricht:

„Ein Staat, der einer solchen Gesellschaft (den Kommunisten) die Formen seines Rechtsstaates verleiht, richtet sich selbst zugrunde. Die Kommunisten stehen selbstbewußt und ohne sich dessen zu schämen, unter dem Kommando Moskaus. Damit hören sie auf, eine deutsche Partei zu sein. Weder im Reichstag noch in anderen Vertretungen haben sie etwas zu suchen. Wenn sich der Staat nicht bald zu dieser klaren und einwandfreien Rechtsauffassung entschließt, werden die Moskowiter regieren.“

Nun, die bürgerlichen Parteien haben sich bereits zu dieser „Rechtsauffassung“ der Rapp-Hengste bekehrt. Die Regierung, die schon jetzt durch Polizei und Justiz Kommunisten schikanieren, wird sehr bald durch ein neues Ausnahmengesetz gegen die Kommunisten beweisen, daß sie völlig auf dem Boden der Traub'schen „Rechtsauffassung“ steht.

Kurze Meldungen.

Wie gemeldet ist, „Der Klassenkampf“ in Halle verboten worden. Das Verbot geht von dem sozialdemokratischen Oberpräsidenten Hörsing aus; es erstreckt sich auf 14 Tage und betrifft sämtliche Kopfbücher. In der Begründung heißt es besonders, daß das Blatt „während des Bergarbeiterstreiks stark verbeizende und aufreizende Artikel, in denen die mitteldeutsche Bergarbeiterschaft ebenfalls zum Streik aufgefordert wurde, gebracht hat.“ Die Bergarbeiter können jetzt sehen, daß die Gewerkschaftssozialdemokraten in enger Verbindung mit den amtlichen Sozialdemokraten alle Mittel gegen die Wiedereroberung der 7-Stundenfrist einsehen.

In dem zur Tschekoslowakei gehörigen Karpathenrußland wurde eine blutige Gendarmerie-Expedition gegen die von Kommunisten geführte Gemeinde Gorodna durchgeführt. 5 Bauern wurden getötet, 7 schwer, viele leicht verwundet. Seitdem die Bauern in Karpathenrußland in den Gemeindevahlen sich zu 80 Prozent hinter die Kommunisten gestellt haben, werden von den in der Tschekoslowakei herrschenden kapitalistischen Unterdrückern immer neue blutige Gewalttaten gegen die armen Bauern verübt. So können die armen Bauern in der ganzen Welt sehen, welche Furcht die herrschende Klasse vor dem Bündnis der Bauern mit den Arbeitern hat; denn diese „Strafexpeditionen“ sind Zeichen der Furcht.

In Kingston auf Jamaika traten die mit Straßenbau beschäftigten Arbeiter in den Ausstand für höhere Löhne. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei, die das Feuergefecht eröffnete. Auch Militär wurde gegen die Streikenden eingesetzt.

GOLGATHA.

22 Von Pawel Dorochow.
(In Buchform erschienen im Verlage f. Literat. u. Post, Wien.)

„Was ist das, — wenn einer eine Frau auf dich hat und dich anguckt, oder wenn man dich hat dieses oder jenes sagen hören, — so heißt es — du bist ein Volksgewiß! Ein unvorstellbares Wort genügt, um einen Menschen heutzutage zugrunde zu richten.“

Der Mann in der Militärjoppe hält es nicht aus. „Red nicht, Alex. Für nichts und wieder nichts wird keiner jenseitigen. Wir leben nicht in einem rechtlichen Lande.“

„Das ist ja eben, das es kein Recht mehr gibt.“
Der Mann will etwas sagen.
Dimitry tritt näher und fragt ruhig:
„Und wohin bringt man die Leute?“
„Das sagt man uns nicht. Wir wissen nur, daß keiner zurückgeht.“

Dimitry steht an der Kelling gekniet. „Aber nicht — ein Mensch, der nicht weiß, wo er sich vor langer Weile lassen soll. Aber in keinem Innern geht eine unangenehme, angepaunte Arbeit vor sich.“

„Die kommt ich aus der Lage heraus?“
Der Spizel steigt aus der Seite seines nächsten Blick durchsuchen alle Winkel. Als er Dimitry bemerkt, geht er auf ihn zu.

„Fahren Sie wen?“
„Ja, es geht über Barnaul hinaus.“
„In Schächten?“
„Ja.“
„So diesen Sie, wenn ich fragen darf?“
Der Spizel. „Wir haben dort Geld angekauft.“
Dimitry spricht ruhig, gibt gelangweilt. „Ich und zu spacht er ins Wasser, beugt sich hinaus und verfolgt mit den Blicken den sich entfernenden Spizel. Der Spizel macht ebenfalls ein gleichgültiges Gesicht, beugt sich auch über Bord und spuckt hinaus.“

„Haben Sie gehört? — Das ist eingenommen?“
Dimitry lächelt.
„Ich wohl — Wer soll es einnehmen?“
„Die Volksgewiß.“
„Wo haben Sie denn das gehört?“
„Das der letzten Verhandlungstage war ein Zerkow.“

„Das ist Schwindel. Woher sollen die Volksgewiß kommen? Sie sind doch hinter dem Ufer!“
Mit gleichgültiger Miene schaute er dem Spizel den Rücken.

Dimitry bestellte Kaffee. Als er saßte, legte er einen Zettel zwischen die Scheine. Es standen nur vier Worte auf dem Zettel: „Nehmen Sie meinen Koffer.“
Dimitry hand dabe. Er bemerkte den Zettel, hakte das Geld ohne es zu zählen, nachlässig in die Portemonnaie, schobte sich ehrerbietig und ging.

Als Dimitry in seine Kajüte ging, hielt ihn der Offizier an.
„Ich bitte Sie um Ihren Koffer.“
„Koffer? Was für ein Koffer?“
„Sie haben ihn doch schon gesehen.“
Der Offizier machte mit den Lippen.
„Ich muß ihn noch einmal sehen.“
„Gut. Aber bitte bringen Sie mich, ihn mit morgen zurückzugeben, ich muß nämlich aussteigen.“
Dimitry nickte.

Der Offizier lächelte. Auch Dimitry lächelte. Jeder lächelte über die Naivität des anderen.

Es war abends legte der Dampfer an der Landungsstelle. Er schiff an. Das Wasser mit einer Milchkanne in der Hand, ließ Dimitry aus der Kajüte, machte sich unter die Menschen, die sich um die Landungsbrücke drängten. Er sah ihm tauchte die Gefahr des Mannes in der Militärjoppe an.

„Sie wollen wohl Milch kaufen?“
„Ja, ich möchte ein wenig Milch trinken.“
Sie gingen zwischen den handelnden Weibern — Dimitry voran, der Spizel hinter ihm drein. Dimitry ging von einer zur anderen, versuchte die Milch, handelte um den Preis. Er wollte Zeit gewinnen. Der Spizel folgte ihm an den Herzen.
Der Dampfer gab das zweite Abfahrtsignal.
Der Spizel wurde unruhig.
„Wir verlassen uns!“
Dimitry lächelte.
„Ich weiß, wir haben noch Zeit.“
Dimitry nickte der Frau eine grobe Gebärde hin.
„Ich bin meine Güte, wo soll ich denn das viele Kleingeld herkommen?“

Der Spizel sah dienstbeflissen seine Briefstöße.
„Bitte sehr, ich lege die Kleingeld aus.“
„Nein, ich danke, ich brauche gerade Kleingeld.“
Das dritte Abfahrtsignal.
„Schnell, schnell, wir kommen zu spät!“
„Nehmen Sie die Milch, kaufen Sie, ich komme auch.“

Dimitry reichte dem Spizel die Milchkanne. Dieser nahm sie mechanisch und rannte auf den Dampfer zu.

„Man zog schon die Brücke zurück.“
„Der Dampfer geht schon ab, schnell! So wartet doch, ein Passagier ist noch am Ufer!“
„Wir können nicht auf jeden warten. Vorwärts!“
Die Matrosen stießen ihn grob zurück.
Der Mann in der Militärjoppe suchte mit der Milchkanne, aus der die Milch herausfloß.

„Herr Kapitän! Herr Kapitän, halten Sie an, ein Passagier ist am Ufer!“
„Vorwärts!“
Langsam schlugen die Radichaufeln auf, das Wasser zischt.
„Herr Kapitän, im Namen des Gesetzes!“
Maxim stand an Bord. Unter dem burchigen Schnurrbart zitterte ein freudiges Lächeln.
„Gut sei Dank! Er hat es gut gemacht!“
„Blühlich warf der Mann die Milchkanne fort und stürzte ins Wasser.“

Dimitry ging schnellen Schrittes längs des Ufers. Er unterdrückte die Freude, aber in seinem Innern schrie es frohlockend:
„Frei frei!“
Was jetzt? Es ist klar, daß alle Landungsstellen sofort benachrichtigt werden. Es wäre Wahnsinn, am Ufer entlang heraufwärts zu gehen!

Als er aus dem Dorf hinauskam, vernahm er Schritte hinter sich.
„Halt, bleiben Sie stehen, Herr!“
„Beruhigen Sie sich, wohin kommt die Stimme des Spizels?“
Dimitry blieb stehen.
„Was ist?“
„Wohin wollen Sie?“
„Was geht es dich an?“
„Entschlossen drehte er sich den Mann aus dem Dorfe herausdringen.“
„Nein, warten Sie, ich will Ihnen etwas sagen.“
Er packte Dimitry am Ärmel, steckte die rechte Hand in die Tasche.
„Sie kommen mit mir!“
Dimitry befreite mit einem Ruck seine Hand und verließ den Mann einen wichtigen Fußtritt gegen den Magen. Der Mann fiel um.
Wie ein wildes Tier stürzte sich Dimitry auf ihn. Mit einem schillernden Griff umflammerte er den Hals seines Gegners. Immer fester wurde der Druck. Er kniete auf der Brust des Liegenden.

(Fortsetzung folgt.)

Der ober-schlesische Bauernkongress.

Die Rede eines Bauern aus dem Reich. — Wie der Bauernrat gegründet wird. — Schluß unseres Berichts.

Wir schließen heute unseren Bericht vom ober-schlesischen Bauernkongress ab. Nach der großen und eindringlichen Rede des Genossen Jadowski führte in polnischer Sprache Genosse Gwozdz aus, daß in Polen das gleiche System der Ausbeutung und blutigen Unterdrückung herrsche...

Nun sprach ein Bauer aus dem Reich, der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der schaffenden Landwirte, K. u. Er gab in vielen Punkten noch ausführlicher und genauer als Jadowski die Zustände an, unter denen die armen Bauern seufzen. Er sagte auch, daß der Ausraubungsfeldzug der landwirtschaftlichen Kapitalisten, der Bankherren, der Großhändler und ihrer staatlichen Steuerpresse gegen die armen Bauern schon begonnen habe...

Zu den tiefen Steuerlasten für die schaffenden kleinen Landwirte kommt noch etwas anderes dazu: das starke Sinken der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Nun sagen viele Volksheträger, die uns Bauern gegen die Arbeiter aufheben wollen, daß diese niedrigen Preise den Arbeitern zugute kommen, weil sie billiger leben könnten. Wir aber sagen: es ist nicht so, das kommt nicht den Arbeitern zugute...

Der Bauer braucht Kredit, um sich mit Saatgut und allem übrigen eindecken zu können. Nun hat der Staat 600 Millionen Rentenmark „für die Landwirtschaft“ kreditiert. Eine sehr schöne Summe — aber wenn davon etwas nach langen Umwegen für die kleinen Bauern abfällt, so müssen sie 30 bis 35 Prozent Zins bezahlen. Das ist die Rinsne Wirtschaft, mit der alle diese Banken und Kreditanstalten den Bauern bedrücken.

Zu den niedrigen Preisen für unsere Erzeugnisse kommt auf der anderen Seite hinzu, daß die Preise für die industriellen Produkte unerträglich hoch stehen; dabei sind die Arbeiterlöhne wahre Hundsdöhne. So kann sich also weder der Arbeiter noch der Bauer etwas anschaffen und den riesen-Profit haben die großen Kapitalfürsten, die Beherrscher der sogenannten Konzern- und Ausbeutungsgesellschaften.

Die Großkapitalisten und Junker mit ihren Regierungsorganen bis herab zur kleinsten Behörde erklären uns heutzutage, es sei „im Interesse der Ernährung“ nicht angängig uns Kleinbauern und Siedler Land zu geben. Der Graf Ranitz als Ernährungsminister hat hinausgeschrien:

„Es ist ein Verbrechen, daß wir heute den Siedlern und Bauern Land zuweisen.“

Dieses gräßliche Wort wird natürlich in der ganzen bürgerlichen Zeitungswelt verbreitet und so heßt man die kleinen Beamten und Mittelständler in den Städten gegen uns auf. Aber wie ist es in Wirklichkeit? Wir sehen, daß mehr als 10 Millionen Hektar Land brach liegen; wir sehen, daß die Großgrundbesitzer die Bestellung einschränken, daß sie das Land liegen lassen, und eine unerschämte Sabotage der Produktion durchführen:

das ist ein Verbrechen!

Aber so wie der Graf Ranitz es sagt und befiehlt, so führen es mit allen Heimtücken und Schikanen die Kulturämter aus.

Was sagt uns alles das? Das sagt uns:

Hier sind die Schaffenden und dort sind die Raffenden! Die Schaffenden, Unterdrückten und Ausbeuteten, das sind wir, die kleinen Bauern, die Land- und Industriearbeiter und Beamten — die Raffenden aber, das sind diese gierigen Junker und Kapitalisten, diese Herren von Schloß und Hof, diese gewalttätigen Herren über die Fabriken, über den riesigen Landbesitz, über die Banken und über den ganzen Staatsapparat. Wir müssen jetzt die Lehre ziehen, daß wir Bauern mit den Arbeitern zusammengehen. Diesen Weg müssen wir beschreiten, denn er ist der richtige Weg und der Weg der Rettung. Im letzten Jahre haben sich eine Reihe von bäuerlichen und Siedler-Organisationen zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Diese

„Arbeitsgemeinschaft der schaffenden Landwirte“

vertreten in Moskau, angeschlossen an den Internationalen Bauernrat. In gleicher Zeit, wo wir uns in Deutschland selbst organisiert und zusammengeschlossen haben, haben wir auch an die Arbeiterschaft appelliert. Wir haben unsere Forderungen aufgestellt und sie allen Arbeiterorganisationen überhandelt. Aber die einzige Organisation, die unseren Ruf gehört und beantwortet hat, das ist die kommunistische Partei. Und die einzigen Zeitungen, die unsere Interessen behandeln und unsere Aufrufe verbreiten, das sind die kommunistischen Zeitungen. Diese Sozialdemokraten, die doch auch eine Arbeiterpartei sein wollen, gab die in ihrem eigenen Schmutz, in ihrem Bündnis mit den Kapitalisten und in ihrem beständigen Verrat an den Werktätigen schon erklaren, haben natürlich unseren Ruf ganz in den

Wind geschlagen; sie wollen nichts von uns Kleinbauern wissen, sie schreiben in ihren Zeitungen, wir hätten uns bereichert und die Kapitalisten und Junker seien „arme Kerle, weil sie Kreditnot leiden“. Diese Sozialdemokraten schweigen höhnisch, wenn wir armen Bauern unsere Forderungen aufstellen und uns an die Arbeiter wenden.

Hier in Oberschlesien hat Ihr schon in den Wahlen am 4. Mai und durch die Lebensmittellieferungen Eure Sympathie für die Arbeiter gezeigt. Jetzt aber müssen wir einen Schritt weiter gehen. Wir müssen einen entscheidenden Schritt vorwärts machen. Wir müssen los von den Organisationen der Großgrundbesitzer, wir müssen uns selbst organisieren. Deshalb schlage ich vor, daß wir hier sofort ein kleines Komitee bilden, einen Vorstand, einen „Bauernrat“, der diesen Zweck hat, die Kleinbauern in Oberschlesien selbständig zu organisieren und aus den Klauen der Großgrundbesitzer herauszureißen. Wenn wir diesen Bauernrat aus unserer Versammlung heraus gründen, so machen wir schon einen praktischen Schritt. Es geht natürlich nicht an, daß wir bloß auflärende Reden halten. Aber so, mit dem Bauernrat, werden wir die Sache praktisch an. Wenn wir nun das Bestreben und den festen Willen haben, ein festes Band zu schließen zwischen uns armen Bauern und den Arbeitern, dann kommen wir schon ein ganzes Stück voran auf dem Wege, den wir gehen müssen und gehen wollen. Alle anderen Wege aber sind Irwege — der einzige Weg unserer Rettung ist das Kampfbündnis zwischen uns Bauern und Euch Arbeitern.

Auch diese Rede und der Vorschlag wurde von den anwesenden Bauern und den Arbeitern, die auch gekommen waren, mit großem Beifall aufgenommen. Dann fand die freie Aussprache statt, in der verschiedene Bauern und auch Arbeiter sprachen. Einer der anwesenden Bauern, der auch für die Streikenden gesammelt hatte, erklärte folgendes:

Die Professoren sagen, daß nur der Großgrundbesitzer das Volk ernährt. Wir fragen uns, ob der Großgrundbesitzer etwa durch seine Luxusreisen und durch sein ganzes Wohlleben, und Betragen das Volk ernährt. — Der Großgrundbesitzer hat seine Düngemittel billiger als wir, weil er sie ohne den Zwischenhandel direkt von der Fabrik bezieht. Und so braucht er auch beim Verkauf nichts an den großen Zwischenhandel abzugeben. Wir aber, wir kleinen Schlieder, können das alles nicht so großzügig machen und so müssen wir für die Handelskapitalisten bluten. Das wollte ich noch anführen und im übrigen bin ich mit allem einverstanden, was gesagt worden ist.

Ein anderer Bauer sagt, daß man den Oberkiesler immer als Menschen zweiter Klasse behandelt habe, so daß man bloß nicht wissen könne, ob die Herren nun den Arbeiter oder den Bauern als Menschen dritter Klasse betrachten. Das gehört auch zu der Art, wie die Herrschenden mit uns umspringen.

Darauf ergriff ein Arbeiter das Wort, der darauf hinwies, wie es schon im alten Romereich die Sklaven unter ihrem Führer Spartakus verstanden hätten, sich auf dem Land und in den Städten zu einer einzigen Armee zusammenzuschließen und einen revolutionären Aufstand zu machen. Und so ist es auch heute, denn nur durch den Zusammenstoß können wir dem Elend und der Unterdrückung ein richtiges Ende bereiten. Die Bauern müssen auch daran denken, wie ihre Vorfahren im Bauernkrieg gegen die Feudale und Ritter gekämpft haben und wie sie sich wie die Taube geschlagen haben. — Was wir heute hören auf diesem Kongress, alle diese Gedanken und Parolen müssen wir im ganzen Land verbreiten.

Ein anderer Bauer sprach über die Reichstagswahlen. Oberschlesien habe seine kommunistischen Abgeordneten nur mit Hilfe der Bauern in den Reichstag schicken können. Jetzt müsse man diesen richtigen Gedanken der Bauern ausnützen. Viele von uns sind heute zu Haus geblieben und sitzen vor ihrer Hütte; ihnen allen müssen wir von diesem Kongress aus Unterstützung bringen, damit wir das durchsetzen, was wir wollen.

Nachdem noch verschiedene Bauern und Arbeiter gesprochen hatten, wurde das Manifest und die Resolution (die wir schon abgedruckt haben) verlesen und bei der Abstimmung darüber ergab sich, daß alle einstimmig dafür waren. Ein Bauer aus der Versammlung heraus wünscht, daß man dieses Manifest auch dem Reichstag und dem Landtag vor Augen hält. Dies wird zugesichert.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung sprechen noch verschiedene Redner und man beschließt dann, einige Bauern zu wählen, die zusammen den Bauernrat bilden sollen. Dieser Bauernrat muß mit der kommunistischen Partei und mit der Arbeitsgemeinschaft der schaffenden Landwirte Fühlung nehmen und die Verbindung herstellen. Der Bauer Komitee (die Namen von den übrigen Rednern sind uns leider nicht bekannt) begründete ausführlich noch einmal, warum wir notwendig einen Bauernrat brauchen, der einen Konzentrationspunkt abgibt, alle Wünsche und Anträge zusammenfaßt und Versammlungen in den Landgemeinden veranstaltet. Schon sind 52 Gemeinden hier vertreten, aber es gibt viel mehr Gemeinden in Oberschlesien, die wir alle einbeziehen müssen. Auf dem nächsten Bauernkongress müssen schon 200 oder möglichst 400 Gemeinden vertreten sein. Um das vorzubereiten, brauchen wir ebenfalls den Bauernrat. Das Ziel ist, daß wir einen ganzen organisatorischen Apparat aufbauen. Und dazu muß dieses Komitee oder dieser Bauernrat ein Grundstein sein. Das Weitere ist dann eine Frage der Zukunft.

Unterdessen hatte der Kongress schon 6 Bauern gewählt, die den Bauernrat bilden sollen; die ganze Versammlung ist damit einverstanden. Als Adresse dieses Komitees wird angegeben: Josef Walekto, Kal. Mezdorf 5. Oppeln, Ohlawer Straße 5.

Damit ging der Kongress seinem Ende zu. Der Vertreter der kommunistischen Jugend hielt noch eine feurige Ansprache darüber, wie jung und alt zusammengehen muß im Kampfe, wie die Jugend die Hoffnung und die Zukunft des ganzen werktätigen Volkes bedeutet und wie sie daher im Kampf gegen alle Unterdrücker an der vordersten Spitze stehen soll. Aus den jungen Bauern und jungen Arbeitern dürfen nicht die Faschisten und Stahlhelmer, sondern die zukünftigen

roten Soldaten hervorgehen. Darum müßt Ihr Bauern Eure Jugend, Eure Söhne und Eure Töchter zu uns in die kommunistische Jugend schicken.

Der Jugendgenosse legte auch noch dar, wie die herrschende Klasse auf Schleichwegen durch ein Arbeitsdienstpflichtgesetz aus der Jugend eine Streifkorpserarmee und ein wilhelminisches Kanonensfutter für neue Kriege im Dienst der Millionäre machen will. Wir aber werden das nicht dulden, wir werden als Soldaten der Revolution den Kampf bis zum Siege über alle Ausbeuter durchführen. Wenn Ihr Bauern Eure Jungen zu uns schickt, dann wird das Werk der Befreiung noch viel schneller vorwärts marschieren!

Nach diesen mit lautem Beifall aufgenommenen leidenschaftlichen Worten des jungen Arbeiters zog der Kongressleiter in seinem Schlußwort das Resultat und Fazit aus der Tagung; er erklärte auch, daß die bürgerlichen Parteien samt und sonders eine noch viel wildere Setze gegen uns anfangen werden, sobald der Bericht von diesem Bauernkongress durch die kommunistischen Zeitungen veröffentlicht ist. Das kann uns aber nicht verwirren.

Was wir heute gelernt haben, vergessen wir nicht. Das Tag der Befreiung, der erst schwach in das Dunkel der Nacht und der Unterdrückung hereinleuchtet, wird aufgehen und die Sonne der Freiheit wird über uns leuchten. Denn der Bund der Arbeiter und Bauern wird siegen!

Alle stehen von ihren Plätzen auf und stimmen in den brausenden Ruf ein: Der Bund der Arbeiter und Bauern lebt hoch! — Die Arbeiter, die herbei gekommen waren, um ihre Freude über den Bund mit den Bauern zu bezeugen und die Verbrüderung zu feiern, entrollen eine rote Fahne, auf der Hammer und Sichel als die Zeichen dieses Bundes abgebildet sind, und dann stimmen sie das starke Lied von der Internationalen an. Schon stimmten auch einige Bauern, so gut sie konnten, in dieses feurige Kampflied ein, das in ganz Oberschlesien von einer Hütte zur anderen erklingen muß, ja über die ganze Welt! Denn der Kampf und die Erhebung der Arbeiter und Bauern ist international in Indien ebenso wie in Amerika, in Deutschland ebenso wie in Polen.

So endete dieser Pfingstkongress der armen Bauern, an dem harte Arbeiter- und Bauernhände sich ineinanderlegten und das Kampfbündnis beschworen. Und nun vorwärts! Bereitet die Kunde vom Bauernkongress überall und marschieret vorwärts auf dem gemeinsamen Wege, den wir in Oberschlesien an Pfingsten 1924 jetzt auch begonnen haben!

Die Kommunisten im neuen bairischen Landtag.

Angesichts der Verleumdungen auch über unsere Landtagsfraktion in Bayern veröffentlichten wir folgenden Bericht aus München:

Bei der Eröffnung des neuen bairischen Landtages gestaltete die kommunistische Fraktion, die trotz siebenmonatiger Illegalität der Partei bedeutend verstärkt in den bairischen Landtag eingezogen war, ihren Einzug in den Sitzungssaal zu einer Demonstration für den Kommunismus, für die proletarischen politischen Gefangenen und für das kämpferische Proletariat. Die Fraktion ging im Gämsenmarsch quer durch den Sitzungssaal des bairischen Landtages. In der Mitte des Saales, vor dem Präsidententisch, trachten unsere Genossen drei Hochrufe auf die unterdrückte kommunistische Partei, auf die proletarischen politischen Gefangenen und auf die kommunistische Internationale aus. Auch von den Tribünen erfolgte Zustimmung. Die Bülkischen begleiteten die Hochrufe unserer Genossen mit Pfui-Rufen.

Die Sozialdemokraten traten im neuen bairischen Parlament überhaupt nicht in Erscheinung. Wir hatten angenommen, sie und die bürgerlichen Parteien würden auf unser Vorgehen mit einem Sturm der Entrüstung antworten. Doch nichts dergleichen geschah von Seiten der SPD. Die Sozialdemokraten saßen wie begossene Pöbel auf ihren Plätzen; hatten sie doch ansatzlos für den als Exzeptionär bekannten Königbauer (der bairischen Volkspartei angehörend) als Präsidenten gestimmt. Unsere Genossen schlugen dem Landtag einen eigenen Präsidenten und Vizepräsidenten vor. Umgekehrt stimmte dann kein einziges Mitglied der bairischen Volkspartei für den Blumenstraußbauer als Vizepräsidenten. So daß die Sozialdemokratie im jetzigen Landtag wiederum überhaupt nicht vertreten ist. Das Publikum ist nur aus Bayerischer Volkspartei, Bülkischen und Deutschnationalen zusammengesetzt.

Unsere Genossen betonten, daß sie nicht für den Blumenstraußbauer stimmen würden, einmal grundsätzlich nicht, dann aber auch deshalb nicht, weil Bauer in der Proklama, die sein eigener Parteigenosse Winter gegen ihn verbreitete, sogar des Mordes an dem ehemaligen sozialistischen Ministerpräsidenten Eisner bezichtigt wird.

Die zweite Neberratsung im bairischen Landtag bereitet die deutlich zutage getretene Harmonie zwischen den Bülkischen und der Bayerischen Volkspartei, die während des Wahlkampfes sich grimmig und leidenschaftlich befehdet hatten. Diese Harmonie kostete den Sozialdemokraten den Posten des 2. Präsidenten, den die Bülkischen ohne Beistand der Bayerischen Volkspartei nicht bekommen hätten. Von „Sympathie zwischen Bülkischen und Kommunisten“, mit der die Sozialdemokraten während des Wahlkampfes die Arbeiter gruselig zu machen versuchten, war keine Spur vorhanden. Die größten Beleidigungen wurden den Kommunisten aus den Reihen der Bülkischen zugeworfen und mit schneidender Ironie heimgesandt. Der Haß gegen das Proletariat ist das gemeinsame Band zwischen der Bülkischen und der Bayerischen Volkspartei, und dieser Haß wird sich in der Folge als stärker erweisen, als die leit der Sittlerpöbel ausgebrochenen Differenzen. Was diesem Haß wirkt die neue Regierung geboren werden, die in der Ausrottung des Marxismus und der völligen Unterdrückung des Proletariats ihre Hauptaufgabe erblicken wird.

Der kommunistischen Fraktion wird die Aufgabe zufallen, die Witzelzüge dieser Regierung zu enttarnen und nachzuweisen, daß in dieser Scheindemokratie das erdverdernde Volk nicht so feinem „durch die Verfassung garantierten Rechten“ kommen kann.

Der polnisch-russische Konflikt.

Auf eine neue Note Polens, in der es sich weigert, die Verewalligung der nationalen Minderheiten durch die polnische Regierung sachlich zu behandeln, hat Moskau den Notenwechsel abgebrochen.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Helft den Kindern der politischen Gefangenen.

Die Herren Deutschlands, die Fabrikbesitzer und ihre Laien fühlen sich stark. Mit unerbittlicher Rücksichtslosigkeit haben sie ihre Tyrannie über die Arbeiter aufgerichtet.

Den Achtstundentag haben sie in den Dreck getreten, die täglichen Erzeugnisse seit 1918 vernichtet. Die Profitorientierung der Kapitalisten hat Millionen zur Arbeitslosigkeit verurteilt und Millionen gezwungen zu kassieren zu müssen.

Gericht nur ist der Widerstand gewesen, den Ihr, Arbeiter und Arbeiterinnen, dem entgegengestellt habt. Nur wenige Proletarier, und das waren die besten, haben gewagt, die Faust zu erheben. Gerade diese hat die Mut der Herrenklasse besonders hart getroffen.

In Hunderten, ja in Tausenden hat man die Klassenbewussten erlöschenden Arbeiter und Arbeiterinnen vor die Gerichte gejagt und auf Jahre in die Gefängnisse und Zuchthäuser eingeworfen. Tausende Kämpfer für die Sache der Proletarier sind in den letzten Jahren von Faschisten und Polizisten wie tote Hunde niedergemetzelt worden.

Die Angehörigen und namentlich die Kinder der Einzelkämpfer und Erschlagenen leiden in unsäglicher Not.

Als Kinder von „Verbrechern“ verweigern Staat und Städte ihnen jegliche Unterstützung.

Die kommunistischen Kindergruppen haben aus diesem Grunde den Schutzbüro über diese unschuldig leidenden Kinder übernommen.

Die kommunistischen Kindergruppen fordern alle Klassenbewussten Arbeiter und Arbeiterinnen auf, sie in diesem Hilfsdienst zu unterstützen. Die kommunistischen Kindergruppen wissen, daß Not und Elend auch in den Familien der Vorkämpfer ist. Und doch muß jeder mithelfen, so gut und so viel er kann.

Mit Liebknecht und Luxemburg haben mehr als 20000 Proletarier das löbliche Gut, ihr Leben, für die Befreiung der Arbeiterklasse geopfert. Die Kerler sind gefüllt mit denen, die für Euch die Freiheit verloren haben.

Mehr als 3000 Kinder politischer Gefangener leiden bitterste Not.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Die Kindergruppen werden in der Roten Hilfe-Woche vom 15. - 22. Juni

an Euch besonders herantreten, um für die Kinder der Gefangenen zu sammeln. Wehrt die Sammler der kommunistischen Kindergruppen nicht ab! Gebt für die Kinder der von der Bourgeoisie erschlagenen und eingesperrten Revolutionäre!

Die kommunistischen Kindergruppen Deutschlands.

Was brachte der Amsterdamer Kongress?

A. E. — Die Antwort auf die Frage läßt sich in drei Worten zusammenfassen: für die Arbeiter nichts! Der Kongress, der durch die Eröffnungsrede seines Präsidenten, der von einer neuen Epoche sprach, mit einem vielversprechenden Auftakt begann, endet flüchtig und flüchtig. Es ist zu Beginn, als ob eine gewisse Neuorientierung der europäischen Gewerkschaften, als ob die unter Führung von neuen Männern stehende englische Delegation den Kongress beleben und dem IGB neues Blut einflößen würde, so zeigte der letzte Tag des Kongresses ganz klar, daß das alte Konventionelle Element das Feld wieder vollkommen beherrscht. Die Regisseure der Tagung waren schlau genug, vor dem offenen Plenum möglichst wenig zu diskutieren und alle Fragen, bei denen Gegenstände zulage traten, in die Kommissionen zu verlegen. Und dort waren die alten Schieber den etwa rebellierenden Delegierten weit überlegen. Alle Anträge, die irgendwie an den konservativen, ganz auf den bürgerlichen Reformismus und der Zusammenarbeit mit dem Kapital einwirkenden Grundgedanken des IGB rücheln wollten, wurden abgewürgt oder, soweit das nicht reiflich möglich war, in harmlose Kompromisspropositionen verwandelt.

16 Millionen organisierter Proletarier vertrat angeblich der Kongress.

Noch der IGB, als der weitesten stärke Gewerkschaftsverband des kapitalistischen Westeuropas mühte eigentlich nicht nur die 16 Millionen organisierter Arbeiter, sondern die 50 bis 60 Millionen Proletarier dieser Länder vertreten, denn die gewerkschaftlich organisierten sind durch die Elite, den Führerstab, der auch die übrigen Unorganisierten beherrscht. Doch nichts davon war auf dem Kongress zu vernehmen. Ein Beweis, daß die Führerschaft des IGB jede Verbindung mit den Massen, ja jede lebendige Verbindung mit ihren eigenen Mitgliedern verloren hat.

Wer davon noch zweifelte, der darf sich nur den Verlauf der Amsterdamer Tagung vor Augen halten. In einer Zeit, wo in allen kapitalistischen Ländern die gewalttätigen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit tobten, wo ständig in einem oder mehreren Industriezentren Europas Hunderttausende und Millionen im offenen Kampf, im Streik oder Ausbeziehung stehen — zu Beginn des Kongresses fanden alle in Deutschland über eine Million Berg- und Metallarbeiter im Kampf — brachte es die Führerschaft des IGB nicht fertig, eine Woche zu tagen, ohne auch nur mit einem Wort zu diesen akuten, das ganze Proletariat in E

stimmung zu nehmen, ja ohne sie auch nur zu erwähnen. Die Tatsache zeigt besser als alle Beschlüsse und Resolutionen, wie himmelsweit entfernt die Amsterdamer Führerschaft dem Leben, den Sorgen und Kämpfen des Proletariats stehen. Deshalb verpönte man auf dem Kongress keinen Hauch proletarischen Geistes, deshalb waren alle Debatten auf dem Kongress so schiedlich friedlich, als ob es eine Tagung aller Selbstbeherrschten wäre, deshalb wurde es selbst den Veranlassungen auf dem Kongress langweilig, so daß er unter Säulen und Schäften und vorzeitigem Auseinandergehen endigte. Von einem leidenschaftlichen Ringen um die Methoden und Wege des Kampfes, was einen wütlichen Proletariatskongress auszeichnet, war da keine Spur, die Wucht der kleinsten Trägheit erfüllte jede freie Geistesregung.

Ganz natürlich, daß auch die gefassten Beschlüsse diesen Geist der Rückständigkeit und Ohnmacht tragen. Verbindung mit den Russen, d. h. Verdrängung mit der Revolution. Es konnte unter dem Druck der Verhältnisse dem Bestreben der englischen Delegation und einer Anzahl Berufsdelegierten nicht genügt und grundsätzlich abgelehnt werden. Doch, wenn auch der Satz im Statut, wonach aus dem IGB indirekt durch die Landeszentralen angeschlossenen Verbände in die Berufsdelegierten aufgenommen werden dürfen, gestrichen wurde, so muß die alte Hierarchie selbst eine Frage neuer Zustände, damit dieser keine Schritt vorwärts sofort wieder rückwärts werden kann. Die Verhandlungen mit den russischen Gewerkschaften sollten nur auf der Grundlage des IGB-Statuts geführt werden, so bestimmt der von Landeszentralen, Merens und Genossen durchgesetzte Antrag. Und der deutsche IGB-Führer Grabmann verlangte kategorisch, daß die russischen Gewerkschaften zuerst ihre Verhandlungen mit der Sowjetregierung und der Komintern aufgeben müßten, ehe sie verhandlungsfähig für den IGB werden.

Ausgerechnet derselbe Grabmann stellt dieses freche Verlangen, der für die feste und enge Verbindung der deutschen Gewerkschaften mit der kommunistischen Regierung und der sozialdemokratischen Partei verantwortlich ist, ja sie mit geschaffenen und immer verteidigt hat. Das bedeutet praktisch, daß nach dem Willen der Amsterdamer die russischen Gewerkschaften mit der proletarischen Revolution brechen und sich gleich dem IGB

auf den Boden der Zusammenarbeit mit dem Kapital stellen sollen.

Das werden diese konterrevolutionären Helben nie erleben. Wenn trotzdem der Komintern die eine Bildung haben und das bisherige Verhältnis in irgendeiner Form

ändern sollte, so gewiß nicht auf Grund des Kongressbeschlusses, sondern auf Grund des Massendruckes des Proletariats und seiner unter härtestem Kampf gegen die Grabmäner.

Die Verbindung und Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, das war und ist das Leitmotiv der Amsterdamer Führer! Das kam zum Ausdruck in allen Fragen, mit denen sich der Kongress beschäftigte.

Der Kampf um den Achtstundentag.

Er wurde nicht als eine Sache des Kampfes des Proletariats gegen den Kapitalismus, nicht als Teil des Klassenkampfes betrachtet, sondern lediglich als eine Frage der bürgerlichen Gesetzgebung. Anerkennung der Washingtoner Konvention, d. h. der Beschlüsse, die der Kongress von Unternehmern und Gewerkschaftsführern 1919 in Washington gefaßt hatte, das war das A und O ihres „Kampfes“ um den Achtstundentag. Wenn der Achtstundentag auf dem Papier, als praktischer Normalarbeitstag in den bürgerlichen Gesetzbüchern steht, genügt das den Amsterdamern. Daß dann praktisch mit Hufe hundert von Ausnahmeverordnungen 10, 12 und noch mehr Stunden gearbeitet wird, wie das in Deutschland praktisch durchgeführt ist, das kümmert diese Bürokraten nicht, ja im Gegenteil, sie heßen noch eifrig mit, diese Längerarbeit durchzuführen.

Kampf gegen den Krieg.

Wiederum keine Frage des Klassenkampfes. Kein Gedanke bei den Amsterdamern, daß der Krieg nur durch den Sturz des Kapitalismus unmöglich gemacht werden kann, sondern leeres Pazifismus, ganz im Sinne der bürgerlichen Parteien und Pfaffen, die 1914—1918 alle bürgerlichen Parteien über — mit dem Maul — und Durchhaltepolitik waren. Durch den vom Kongress neubestätigten Beschluß eines Generalstreiks in der Stunde des Kriegsausbruchs, so bewußt der jetzt sofortige Kampf gegen das Kapital verändert und den Proletariats etwas für die Zukunft zu gesichert werden. In der Tat sind damit die Amsterdamer für den Kriegsimperialismus mit bessere Verbündete, als die großmütigen Nationalisten und Faschisten, denn diese machen durch ihr Gehör die Proletariat aufmerksam, lösen dessen Widerstand aus, jene aber schlafen es so lange ein, bis es zu spät ist.

Sozialpolitik.

Den Geist der Amsterdamer Sozialpolitik hat Untergeordnet am besten charakterisiert mit den Worten: wir müssen auch auf diesen Gebieten mit dem Bürgerium zu arbeiten, denn in der Zeit der Arbeiterregierungen sind die Grenzen zwischen uns und dem Bürgerium gefallen. Kein Wunder, daß mit dieser Linie der Antrag auf Wählernahme der Bergwerke, Kohenschächte, Eisenbahnen usw. den die englische Delegation stellte, nicht vereinbar war und daher vom Kongress nur als „Anregung“ anerkannt, aber nicht zum Beschluß erhoben wurde. Ganz in diesem Rahmen paßte der Beschluß, wonach die Landeszentralen aus dem IGB die Sozialpolitik der kommunistischen Partei und die Zellen in den Gewerkschaften zu kämpfen und mit den sozialdemokratischen Parteien zusammenzuarbeiten.

Die Lehren.

Welche Lehren haben wir Kommunisten, haben die revolutionären Gewerkschaftler aus diesem Kongress zu ziehen? Können wir ihn ad acta legen und sagen, der IGB ist kapitalistisch orientiert und wir haben nichts mit ihm zu schaffen? Keinesfalls! Denn der Kongress ist insofern unsere ureigene Angelegenheit, als auf ihm und durch den IGB, bestimmend in das Schicksal des Proletariats eingegriffen wird. Sind gewiß auch nicht alle die 16 Millionen organisierter Proletarier Anhänger dieser IGB-Politik, so sind sie doch im IGB organisiert und lassen sich zu einem großen Teil von ihm führen, ja erschaffen von ihm Richtung aus ihrer schlimmsten Not. Und diese Tatsache verleiht dem IGB seine Macht, macht es ihm möglich, in konterrevolutionären Sinne in die Geiräte des Proletariats einzugreifen. Das können wir aber nicht verhindern, wenn wir außerhalb dieser Massenorganisation unseren eigenen Weg gehen, sondern wir müssen alles tun, um innerhalb dieser Verbände die Millionen Proletarier durch Propaganda und die Tat überzeugen, daß der Weg der IGB-Führer in den Abgrund führt, daß es keinen anderen als den revolutionären Weg gibt. Die vielen im IGB organisierten Millionen wollen kämpfen, müssen kämpfen, um ihre Existenz zu erhalten. Und wir müssen mit ihnen kämpfen, wir müssen ihnen täglich, bei jeder Gelegenheit zeigen, daß das Proletariat nur siegen kann, wenn es gemeinsam, unter Führung aller proletarischen Kräfte, und ganz besonders auch der russischen Proletarier, den rücksichtslosen Klassenkampf gegen das nationale wie internationale Kapital führt. Das begreifen auch die Proletarier, die heute noch reformistisch eingestellt sind. Und sie werden immer mehr mit uns zusammenwachsen. Wenn die Amsterdamer Schergen noch hundert neue Synagogen aufrichten, sie werden dies nicht verhindern können, wenn alle Revolutionäre ihre Pflichten tun. Das hat die „Kritikfrage“ auf dem Kongress mit aller Deutlichkeit gezeigt. Daß auch der Kongress rein äußerlich das Bild einer tiefen See und tiefer Einsamkeit, in den Tiefen des Proletariats gärt und brodelt es und der ruhige Kongresspiegel konnte nur, mit Trübe die ge-

waltigen Gegenstände, die in den Massen des IGB zur Entzündung, zum Kampf drängen, verbergen.

Unsere Aufgabe ist es, dieses Gären und Brodeln zu steigern, bis zur Revolution, von der der IGB, entweder mitgerissen oder begraben wird.

Betrieb und Werkstatt.

Einführung von Lehrkameradschaften im Bergbau

Nachdem schon im Ruhr- sowie mitteldeutschen Steinkohlenbergbau Lehrkameradschaften eingeführt worden sind, ging man auch im Waldburger Bezirk dazu über, solche einzuführen. So auch auf der Fuchsgrube. Hier hatte man aus jeder Abteilung drei jüngere Hauer oder Vordriller herausgezogen, um sie auf einen Streifen des 31. Flözes der 7. Abteilung zu legen. Der Zweck der Lehrkameradschaften soll angeblich sein, die Herren, die zu Lehrhauern und Hauern werden sollen, theoretisch wie praktisch auszubilden, um als tüchtige Bergarbeiter auszubilden, um weiterhin die Angelegenheiten soviel wie möglich zu unterstützen. Diese Maßnahmen sollen über die verschiedenen Gefahren im Bergbau, über die bergpolitischen Vorschriften sowie alles das, was zur guten fachmännischen Ausbildung eines Bergmannes eine unbedingte Notwendigkeit ist, ausgebildet werden. Diese Ausbildungsarbeiten waren im letzten Jahr festgelegt worden. Die zu diesem Zweck bestimmten Kameraden waren der Meinung, daß man also eine gute Ausbildung vornehmen wollte. Aber weit gefehlt! Die Streifenleiter gestatteten nicht genau so, wie es jedem Arbeiter als Bedingung war natürlich genau so angepaßt wie vor Jahren. Die Herren der Werkstätte, es zeigte sich also, daß man von vornherein bestrebt war, daß der Unternehmer mit seinem Profit nicht zu kurz kommen sollte.

Die Herren der Werkstätte waren der Meinung, daß man nach der Arbeitszeit, die theoretische Ausbildung durch den Berginspektor bekommen sollte. Für diese Maßnahme wurde die Kumpels natürlich nicht zu haben. Sie hätten jedoch nicht dagegen gehabt, wenn diese Ausbildung während der Arbeitszeit, verbunden mit der Praxis, vorgenommen worden wäre. Aber hier hätte man ja ein paar Wagen Kohlen weniger gefördert und das könnte das Geschäft des Unternehmers nicht vertragen. Die Abteilungsleiter waren bestrebt, soviel als möglich Kosten zu sparen, und an eine Ausbildung konnte dabei also nicht gedacht werden. So zeigt es sich also nach Ablauf des Vierteljahres, daß die zur Ausbildung bestimmten Kameraden nichts an fachtechnischen Kenntnissen gewonnen haben. Aber etwas anderes ist zu berücksichtigen. Aus den Ausführungen des Direktors Gege sowie anderen höheren Grubenbeamten ist zu ersehen, daß man weniger Wert auf die Ausbildung legte und durch die Praxis ist dies bewiesen, sondern man wollte diese Kumpels so recht in das moderne kapitalistische Grubenbetrieb einpassen, man wollte feststellen, wie sich die Arbeiter einstellen würden, da sich ja die Leute aus allen Abteilungen rekrutierten. Um auch die Kameraden genau zu beobachten, hatte man einige ältere Kameraden als Schießmeister bestimmt. Wenn eine gute Ausbildung vorgenommen werden soll, so muß das Gedingwesen von einer derartigen Kamradchaft verdrängt werden, und ihnen das Gedingdurchschnittslohn des betreffenden Berges gezahlt werden. Es ist weiterhin notwendig, daß wenigstens ein Betriebsratsmitglied diese Ausbildung im Interesse der Kameraden überwacht und seine Vorschläge in jeder Hinsicht berücksichtigt werden, daß Beamte des Bergbetriebs hinzugezogen werden zur Aufklärung über die Sicherheitsmaßnahmen. Die Ausbildung muß in der regelmäßigen Arbeitszeit verlegt werden. Wenn alle diese Vorschläge berücksichtigt werden, so dürfte etwas Vollwertes für die Ausbildung der Bergarbeiter geschaffen werden können.

Wir glauben jedoch nicht daran, in der gegenwärtigen Zeit, wo die Willkür der Unternehmer die schönsten Blüten zeitigt, werden alle geordneten Bestrebungen sabotiert.

Und Maßnahmen, die den Unternehmer veranlassen, etwas von seinen Gewinnen einzubüßen, werden erst recht nicht beachtet. Um aber eine vernünftige Ausbildung nach den hier angeführten Vorschlägen zu gewährleisten, wird es eines Kampfes bedürfen, um dies durchzusetzen. Wir müssen jedoch jedem Bergarbeiter erklären, daß erst nach Befestigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, erst wenn wir die Betriebsräte haben, dann werden wir in der Lage sein, die Arbeit im Bergbau so zu gestalten, wie es die Gesundheit und das Leben eines jeden Bergarbeiters erfordert. Die Haltung des Referenten Kempmann verdient noch öffentlich beleuchtet zu werden. Beim Abzug der Leute von der Lehrkameradschaft in ihre alten Abteilungen stellte es sich heraus, daß man das Gedingwesen außerhalb der Arbeitszeit machen sollte. Einem großen Teil der Leute ist ihre Arbeitszeit, die sie zum Zurückgehen verwenden haben, von ihrer Schicht abgezogen worden. Eine Tat, wie sie im Bergbau noch nicht zu verzeichnen war. Von einem so jungen Herrn kann man nicht mehr verlangen.

Einige Kameraden der Lehrkameradschaft.

Skandalöse Zustände in den Haronwerken.

Zunächst mal einiges über die Menschenfreundlichkeit einiger Werkmeister. Eine ganz besondere Blüte scheint der Werkmeister „Geisler“ zu sein. Er, der nur davon existiert, das er dauernd mit der Stopuhr hinter den schüttenenden Metallproleten steht, daß sie ja ihr Minutenspendium richtig innehalten, hat auch ein „warmes Herz“ für seine früheren Mitarbeiter. Kürzlich wollte ein Kollege, der 26 Jahre mit Geisler im selben Betrieb gearbeitet hat und dann im Winter im Zuge der schrecklichen Konjunktur entlassen wurde, wieder eingestellt werden. Was sagte da Freund Geisler? „Sie sind mir zu alt, Sie leisten ja doch nichts, hätte ich nur alle die alten schon heraus aus der Bude, dann wäre mir wohl.“

Nicht viel besser ist der Meister Wallenberger. Der läuft wie ein Haase hin und her und spioniert, damit ja niemand sich über den Hungerlohn beschwere. Kürzlich sollte eine Kollegin eingestellt werden, sie lehnte aber ab, weil ihr angeblich von einer Genossin mitgeteilt worden war, wieviel sie verdienen würde. Und Wallenberger, der der hört auch, Geisler stellt er unsere Genossin zur Rede, und droht ihr, mit sofortiger Entlassung, wenn sie sich nicht bei der Kollegin entschuldigen würde. Erst nach Eingreifen des Betriebsrates mußte sich der „Arbeitsfreund“ beruhigen.

Auch die Löhne, das ist bei den Haronwerken das schönste, was kommen da haarsträubende Fälle vor. Als letzthin Kollege B. der sich so wie in großer Not befindet und deswegen nachhaken wollte, seinen Lohnausweis erhielt, wäre er beinahe umgefallen. Berdiermer Lohn 7,85 Mk., Abzug 0,70 Mk., Rest 7,15 Mk., Kassa-Bordbuch 7,15 Mk., Inhalt 0,00 Mk.

Von was soll man der Kollege mit Frau und Kindern die ganze Woche leben. Soll er Meerkraut fressen oder soll er sich täglich den leeren Lochnudel als Arbeitsprämie ansehen?

Der Direktor Schoder, diese Ungerechtigkeiten schreiben zum Himmel. Sie freuen sich wohl, daß Rest aus Ihrem Bordbuch in Feld und Wäldchen müssen, weil der Lohn nicht zum Leben reicht.

Der Direktor Schoder ist „Demokrat“.

Auch eine Antwort haben Ihnen ja schon die Wahlen gezeigt. Wenn der Herr Direktor sonst bei jeder Kleinigkeit zum Kabi läuft, wenn es heißt gegen Kommunisten vorzugehen, so guckt man auch lieber mal sich in eigenen Betriebe um und hilft als „Alter Demokrat“ erst mal den hungernden Arbeitern, von deren Schweiß man lebt.

Breslau.

Der Gedenktag zur Ehrung der ermordeten Freiheitskämpfer

und der hinter Gittern schmachtenden Opfer der Klassenjustiz
findet für Breslau am Dienstag, den 17., abends 7 1/2 Uhr im
Zentralballsaal statt. Mitwirkende: Gesang- und Sprech-Chor
sowie Künstler.

Genossen, sorgt für zahlreichem Besuch.
Material hierzu gelangt heute zur Ausgabe.

Der Don-Rosaten-Chor in Breslau.

Die Metropole des Ostens, ein politisches Zentrum von
erster Bedeutung, hatte den Chor gewählt, um seine gesang-
lichen Leistungen den Bewohnern Breslaus teilhaftig werden
zu lassen. — Was aber ist der Don-Rosaten-Chor? — Ist es
nicht eine Künstlertruppe? Nein es sind 33 Offiziere der rus-
sischen Konterrevolution! Eine Propagandatruppe des schwar-
zen Hundes, einer Terrortruppe der Nationalisten des alten
Rusland!

Die deutsche Bourgeoisie ist mit ihrer Regierung die
Kuppelmutter der russischen Konterrevolution! Sie gibt diesen
Halunken die Möglichkeit, nachdem das russische Proletariat
sich seine Auspöpperer abgeschüttelt hat, reaktionäre Propaganda
in Deutschland zu treiben. — Rosse sing damit an. Marx führte
es fort oder sogar Sebering? Wir wissen nicht, vielleicht die
Sozialdemokraten in Regierungsstellen oder ihre Reichstags-
fraktion! Aber sie halten die schändliche Hand über ihre
„Staatsbedienten“. Dort darf die rechte Hand ja nicht mehr
willen was die Linke tut!

Solltest Du zweifeln, Genosse, daß es russische Konter-
revolutionäre sind, so nimm Dir das Programm zur Hand!
Dort steht:

„Der Ertrag wird für die in Deutschland lebenden rus-
sischen Flüchtlinge verwandt.“

Offen liegt der Zweckutage. Die 33 von der deutschen
Bourgeoisie gehätselten Offiziere, die schon als Kinder der
besorgten Klasse in der Kindheit mit der Kunst des Gelanges
vertraut, leisteten Glanzendes. Das Publikum war dürftig, bei
2,40 Mark Eintritt kein Wunder. Die Zaungäste waren stark
verirret. Das Programm atmete auch in diesen weltlichen
Giebeln starke Vottergebenheit. Die Hautevolee Breslaus,
die ja innerlich aufs engste mit diesen „Flüchtlingen“ ver-
bunden ist, klatschte freudig.

So wie das Schicksal der deutschen und russischen Aus-
beuter und ihren willfährigen Salaten verbunden ist, so auch das
des Deutschen und russischen Proletariats. Wenn heute die
internationalen Konterrevolutionen Bombenattentate auf russische
Schiffe und Eisenbahnzüge verübt, so liegen solche Taten in
der gleichen Linie mit der Tätigkeit dieser „Flüchtlinge“, die
als „Chor“ schließlich nichts weiter sind als eine Terror-
grube der russischen Bourgeoisie, die im Auslande die Ver-
brechen gegen den russischen Arbeiterstaat vorbereiten. — Das
deutsche Proletariat muß wachsam sein und diesem inter-
nationalen Räuberbande auf die Finger sehen. Die Schläge
der russischen Konterrevolution sind Schläge gegen die deutsche
Arbeiterklasse.

Und wie konnten sich diese Konterrevolutionäre in der
großen Proletenstadt Breslau zeigen? In einem städtischen
Bau, dem Restaurant der Jährhunderthalle, dem Treffpunkt
des konstanten Bürokratismus am Ort!

Wir haben nicht die Hoffnung, daß die SPD-Fraktion in
der Stadtverordnetenversammlung zu Breslau dagegen etwas
unternimmt. Ihre Genossen haben doch in Russland mit
diesen Kabeten an einem Strick gesogen! Wie könnten
sie auch dann gegen dieselben hier einen Vorstoß unternehmen.
Ja die Reaktion hat erkannt, daß zur Abwehrwehrung
der russischen Arbeiter auch die ideologische Vorbereitung in
den Nachbarländern dient. Wie klein sind in dieser Fra-
die Sozialdemokraten, die die kommunistische Propaganda als
eine staatllich-russische demunieren! Sie sind somit Wahlfahrer
der Bourgeoisie, die auch noch ihren Fußtritt erhalten. —

Der Parlaments- und Justizskandal

ist das Thema der heute Freitag abend 7,30 Uhr in den
Zentralballsälen

stattfindenden öffentlichen Volksversammlung.

Alle Genossen und Genossinnen, denen es ernst ist mit dem
Kampf gegen den weißen Terror, gegen das Klassenparlament
gegen die Volkseiwirklichkeit der Kleidörner, Vogel und Kon-
färten, müssen dafür sorgen, daß die Versammlung sich zu
einer wuchtigen Kundgebung

gegen die Klassenjustiz und Polizeihände gestaltet.

Darum: Genossen und Genossinnen, erscheint nicht nur selbst
pünktlich in der Versammlung, sondern bringt eure Arbeits-
lameraden, Nachbarn und Freunde in die Versammlung mit.

Genosse Smolka, der die Klassenjustiz am eigenen Leibe
kennen lernte und nach 5 Wochen Haft durch Hungerstreik Ter-
minsanerkennung erzwang, wird in seinem Referat die weiße
Justizhände gedührend beleuchten.

Arbeiter, sorgt für Massenbesuch.

— Die Breslauer Bevölkerung, die sich Ende April 1924
auf 563.950 Einwohner gestellt hatte, betrug Ende Mai nach
der „Vorkriegszählung“ (zum Anfangsbestand werden die Ge-
borenen und Zugewogenen hinzugezählt, während die Gestorbenen

Der 15. Juni

ist für das revolutionäre Proletariat ein
Chrentag!

Au diesem Tage gedenken wir nicht nur der gemor-
deten Freiheitskämpfer, sondern vor allem auch
der Opfer der
Klassenjustiz.

Die Festveranstaltungen am 15. Juni sind gleichzeitig
Gammeltage für die
Rote Hilfe

Genossen, habt Ihr vorbereitet?

und Fortgezogenen davon abgerechnet werden) des städtischen
Statistischen Amtes 564.928. Geboren wurden 791, gestorben
673 gemeldet, mithin ergibt sich ein Ueberschuß von Geborenen
von 118. Die Zahl der Zugewogenen belief sich auf 5304
(darunter 228 Haushaltungen), die der Fortgezogenen auf 4444
(darunter 208 Haushaltungen), woraus sich ein Wanderungs-
gewinn von 860 und ein Mehr an Haushaltungen von 18
errechnet. Zusammen mit dem Ueberschuß der Geburten über
die Sterbefälle ergibt sich eine Zunahme der Bevölkerung
gegen Ende April um 928 Köpfe.

— Die städtische Lebestelle 1, Klosterstraße 38, bleibt vom
15. Juni bis 13. Juli geschlossen; die dazwischen befindliche Volks-
bücherei ist noch bis 5. Juli geöffnet.

Aus der Provinz.

Elternbeiratswahlen.

Arbeitereltern!

Am 22. Juni finden in Preußen die Elternbeiratswahlen
statt. Wieder wenden die offenen und verdeckten Feinde der
Arbeiterklasse die niederträchtigsten Mittel, gemeine Lüge und
schamlose Verleumdung an um eure Stimme zu ergattern, eure
Stimmen zu bestechen. Es genügt den Schlotbaronen, Kaufmännern
und Schiebern nicht, euch mit Arbeitslosigkeit, Kutzarbeit und
Kuldböhen zu plagieren. Es genügt den Ausbeutern nicht, euch
und eure Kinder körperlich zugrunde zu richten. Die voll-
kommene Herrschaft über Hirn und Herz eurer Kinder, das ist
das Ziel der kapitalistischen Machthaber und ihrer Lakaien.
Die Kinder sollen in den Schulen zu „Staatsbürgern“ erzogen
werden.

Wißt Ihr, Proletarierkinder, was „Staatsbürger“ sind?
Ereißer, Wehrpflichtigen, Spindel, denkmäler, Stummel,
Dudmaße, geduldige Arbeiter und Lohnbrüder, das soll
aus euren Kindern gemacht werden. Das sind die „Staats-
bürger“ der Republik des Herren Ehrens. Klassenkämpfer,
revolutionäre proletarische Gestalten aber soll den Kindern
durch die Schulen ausgehrieben werden, denn das ist „Hoch-
verrat“!

Die Diktatur des Kapitalis erstreckt sich auf alle Schulen.
Im Religiösnstunterricht bestreben die Lehrer den Kindern ein-
zureden, daß Gott die Welt geschaffen hat, daß Gottes Wort
heilig und unantastbar sei, daß es auf Erden schon und ge-
wird sein, und daß es ein Gott und ein Himmel (Himmel,
Hölle, Auferstehung, Weltgericht usw.) Gottes anständiger Wille
sei, um die Menschen zu prüfen für die ewige Seligkeit. Sie
predigen, daß die Menschen geduldig ihr Schicksal zu tragen
hätten. Im Deutsch- und Geschichtsunterricht, ja in allen
Fächern geht ihr Streben dahin, die Köpfe eurer Kinder mit
bürgerlichem Denken vollzustopfen, zu verderben.

Mit Knurren, Häuten und roten Schimpfworten werden
im Unterricht des Kapitalis die Kinder gelehrt, aufzu Leben vor-
bereitet. Denkt an eure eigene Schulzeit zurück. Sitzen hat
sich nichts gelehrt. Im Coenertel in der Stidust der
Schulen treibt der Nationalismus die übelsten Blüten. Deutsch-
land über alles, und mehr oder weniger verdeckte monar-
chistisch Propaganda, sei geduldig in Trübsal und „Was
frag ich viel nach Geld und Gut“, das ist der Stoff, aus dem
euren Kindern die geistige Kost zubereitet wird.

Der Hungerstreik

der politischen Gefangenen ist die letzte
verzweifelte Waffe gegen die weiße Justiz.

In Schweidnitz, Breslau, Frankfurt und München

wurde er in letzter Zeit von Dofern der Ju-
stizwillkür angewendet. Er war Anklage und
ist ein Appell.

zusätzlich. Anklage gegen Kassengerichte; Appell
an das deutsche Proletariat.

Denkt an uns! Kämpft für die politische
Amnestie! Sammelt für die Rote Hilfe!

Die Schulen der bürgerlichen Republik sind zu Hochburgen
zu Rekrutendepots des Faschismus geworden!

Die Sozialdemokraten, die Stelldübelhalter der Bourgeoisie
haben auch auf dem Gebiet der Schule den hinterlistigen Reaktio-
nären wieder in den Sattel verholfen, von dem sie am 9. Nov-
ember 1918 etwas verrückt waren. Sozialdemokratische Ma-
nager haben die Schulen an die Waffen aller Konfessionen ver-
schachert. Sozialdemokratische Minister haben die Schule an
die Waffen aller Konfessionen verschachert. Sozialdemokratische
Minister haben auch jegliches Mißbestimmungsrecht in der
Schule geraubt.

Sozialdemokratische Schulräte, Direktoren, Rektor und son-
stige ...oren haben proletarisch revolutionär führende Lehrer
schikanert und gemahregelt, um ihre Unentbehrlichkeit dem
alten Bürgertum zu beweisen.

Am es nicht mit euch zu verderben, bieten sie euch einer-
galtigen Revolution an. In den „weltlichen“ Schulen ver-
suchen die Sozialdemokraten mit anderen Mitteln dasselbe, wie
die Deutschnationalen in den übrigen Schulen, nämlich „Staats-
bürger“ aus Kindern von „Hochverrätern“ zu machen.

Wo haben die Sozialdemokraten je geordert, daß nur Leh-
rer, die aus der Landeshirge ausgetreten sind, an diesen Schulen
unterrichten. Wo sind Sozialdemokraten aus solchen Schulen je
entschieden für Unterricht im Sinne des Proletariats, im
Geiste internationaler Solidarität eingetreten?

In den meisten Fällen haben sie nicht gewagt, auch nur
ein züchtigen proletarischer Meinung in die weltlichen Schu-
len hineinzubringen.

In vielen Orten haben sozialdemokratische Elternbeiräte
Sozial- und Handlangerdienste gegen proletarisch Lehrer, ihrer-
schönen Republik geleistet. Keine Stimme daher am 22. Juni
für Schwarz-weiß-rot oder Schwarz-rot-gold aufgemachten Re-
aktion.

Haltet euch vor den Wölfen im Schafspel!

Deutschnationale, Patentkreuzer, Volksparteiler, Zentrum,
Demokraten und Sozialdemokraten sind zu selge, um offen
und ehrlich ihr Gesicht zu zeigen! Sie haben sich vor ihre
Oriminalen Masern gekümmert, die „christlich-unpolitische Schul-
gemeinschaft“, „Für Schulforschritt“ und „Schulbau“ heißen.

Ihr werdet ihre wirklichen Namen vergeblich suchen. Ihr
wollt die Kommunisten auch sagen.

Die Schule ist wie Volkset, Militär, Justiz und Bürokratie
ein Machsinstrument in den Händen der herrschenden kabi-
talistischen Klasse. Keine Reformen, Veränderungen und Ver-
besserungen, wie sie die SPD vorschlägt, sind wie Zähne
auf einer alten Fassade. Die Wundwunden der Bourgeoisie
müssen in revolutionären Kämpfen erobert und gesäubert werden.
Ert!

Die Diktatur des Proletariats

wird mit eisernen Besen mit allen Schult austräumen und an
den Aufbau einer wahren Schule für Arbeiterkinder denken
zu können. Sowjetrußland hat euch den Weg gewiesen. Welche
Demjenigen, der es wagen sollte, die Arbeiterkinder ihrer
eigenen Klasse und ihren eigenen Ländern zu entfremden,
religiös zu verblenden, nationalistisch zu verhexen oder gar mit
Erben zu prädeln.

Die proletarische Diktatur hat dafür gesorgt, daß das
Arme Kind die besten und höchsten Schulen besuchen kann
wenn es die richtigen Sabakter dazu besitzt. In Sowjetruß-
lands Universitäten studieren zehntausende von Arbeiterkin-
dern!

Lenin-Rußland hat Schulaufbau!

Ehert Deutschland hat Schulaufbau!
Unterstützt den Boden aller Arbeiterkinder auch in der
Schule! Arbeiterkinder, die sich nicht später einmal vor ihrer
eigenen Kindern schämen wollen, wählen am 22. Juni die
Arbeiter der Kommunisten!

Waldenburg. Ich u n a l Partei-Ortsgruppen im Amts-
bezirk Waldenburg! Die kommunistische Jugend des Unter-
bezirks Waldenburg hält in den Kreisen Strelkau, Can-
gen, Bielau, Landeshut und Neurode Kreisversam-
lungen ab. Ihr haben bisher nur leiten der Partei eine nur
sehr mangelhafte Unterstützung unserer Jugendbewegung er-
halten. Es ist jetzt unbedingte Aufgabe der Partei, und mehr
als bisher zu unterstützen. Wir fordern daher alle Partei-
gruppen der oben genannten Kreise auf, einen jungen
Wartkreisoffen zu diesen Konferenzen zu delegieren. Die Kon-
ferenzen finden statt für den

Kreis Landeshut: am Sonnabend, den 19. Juni, abends
8 Uhr in Liebau im „Neuen Hirsch“. Die Hirschberger
müssen auch Delegierte entsenden.

Kreis Langebielau: am Sonnabend, den 14. Juni, abends
7 Uhr in Langbielau bei Schölich.

Kreis Strelkau: am Sonntag, den 15. Juni, nachmittags
2 Uhr in Strigau.

Kreis Neurode: am Sonntag, den 15. Juni, nachmittags
2 Uhr in Mühlgräbersdorf bei Hinkel 148 melden. Die Orts-
gruppen aus Neurode-Glag müssen bestimmt jemanden de-
legieren.

Parteiorganisation! Wir richten diese Mahnung an euch und
auch in den Orten Fuß zu lassen, wo wir noch keine KZ-
haben.

Jede Parteizelle oder Ortsgruppe muß einen Genossen
delegieren.

Unterbestätigung der KZ. Waldenburg.

Es-Bau. Sonntag ist Faschistenrummel. Wie wir
wiederholt berichtet, verlegen die sogenannten Frontkämpfer
ihre Tätigkeit immer mehr nach dem flachen Lande. So anan-
gieren sie für den kommenden Sonntag einen solchen Rummel
in Liebau. Wüßt der Arbeiterschaft von Liebau und Um-
gegend ist es, diesem nur gegen sie gerichteten Treiben ein
Ziel zu setzen, und dafür zu sorgen, daß auch auf dem flachen
Land diesem Grul halb die Pusse ausgeht. Arbeiter von
Liebau und Umgegend, trifft alle Maßnahmen zur Gegenwehr.

Öeffentliche Volks-Versammlung „Parlaments- und Justizskandal!“

Ueber dieses Thema referiert
heute Freitag, 13. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Zentral-Ballsaal, Westendstr. 50/52
der aus der Haft entlassene

Genosse SMOLKA

Genossen! Sorgt für Massenbesuch!
A. B. D., Ortsgruppe Breslau.

Schweidn. Wie die SPD die Republik schätzt. Ein lächerliches Fiasko erlitt die heilige SPD, als sie eine öffentliche Kundgebung für das Reichsbanner Schwarz-rot-gold abhielt. Tausende von Mitgliedern hatten sich nur einige hundert Personen eingefunden. Wie anders sehen da unsere Verammlungen aus. Tausende und auch unsere Genossen waren vereint und der Verkauf des Abends bewies, was wir von den republikanischen SPD-Helden zu erwarten haben.

Als bei Beginn wurde unser Genosse Schubert aufgeföhrt in Saal zu verlassen, sonst würde er mit Gewalt herausgedrückt werden. Auf Aufforderung von Schubert, dies doch zu tun, wagte sich keiner der Maulhelden an ihn heran. Der Referent Schnerl aus Breslau hielt nun einen echt nationalistischen Pro-a-anda Vortrag, wie ihn Nationalisten nicht anders hätten halten können. Nur deutsch sein, und deutsch handeln, und für Deutschland kämpfen, usw. Er schimpfte tüchtig auf die Galgisten, gab aber ebenso zu verstehen, das auch ein rüchlicher Kampf gegen die Kommunisten geführt werden müsse. Seine Worte klangen aus in „Deutschland, Deutschland über alles“.

Eine Diskussion wurde nicht zugelassen, nur Anfragen. Ein alter weisheitlicher Arbeiter fragte an, warum die SPD jetzt nicht mehr mit roten Fahnen kämpfe. Und es war ein Skandal ohne Gleichen, wie der Referent sich nun erlaubte, den alten Mann mit ganz gemeinen und schmutzigen Redensarten abzuliefern. Es entstand nun ein großer Tumult.

Man wollte uns Kommunisten hinauswerfen und überall sah man erregte Gruppen miteinander heftig verhandeln. Man drohte uns mit Eisen und Mergelstein, das ist der Kampfgeld der SPD, wenn sie die Republik schätzt. Besonders tat sich die krumme Gelbengestalt des Berichterstatters der Bergwacht Wolff hervor. Nach allmählicher Beruhigung forderte nun der Referent zum Eintritt in den Schwarz-rot-goldenen Bund auf und bemerkte, das in Breslau sich die Arbeiter nicht so von den Kommunisten terrorisieren lassen, man würde sie dort zum Teufel lagern.

40 Mann oder weniger war der ganze Erfolg. Der Referent erluchte nun, das auch die Bürgerlichen, Demokraten, Zentrum und Volkspartei sich anschließen sollten, bloß keine Kommunisten, die seien ja bloß Schuld an allem.

Dann schritt man zur vorläufigen Vorstandswahl und es war amant, das man zuerst unsern Genossen Schubert vorschlug. Aus allem sah man heraus, das man sich nur einen Versammlungsschuh gerade gegen die Kommunisten schaffen wolle. Es entsteht wieder eine lebhaftige Unruhe und der Referent erklärt, er müsse zum Zuge und aus war.

Nun Genossen von Schweidn. Ihr wißt, was ihr von dem neuen Heldentum zu erwarten habt. Vah! auch nicht bestärken von Schwarz-rot-goldenen Greizervereinen. Schafft euch rote proletarische Abwehrorganisationen, die wirklich in der Lage sind, den Kampf gegen das Faschistengesindel aufzunehmen.

St. Witz. Stadterordnungsung. In der letzten Zusammenkunft der Gemeindevertreter gab es bei Beginn gleich allerlei Zwischenfälle. Die zahlreich vertretenen Mitglieder wurden vom Vorstand aufgefordert, soweit sie keine Einlasskarte haben, die Tribüne zu verlassen. Die heilige Polizei wurde herbeigeholt und schließlich der Zweck erreicht. Genosse Jaddach wurde hierbei angereimt.

Zur Behandlung standen die Wahl der unbesetzten Stadträte und sonstige Kommissionen. Von der kommunistischen Fraktion wurde Genosse Jaddach und Biontel gewählt. Ein Originalitätsantrag unserer Fraktion, der verlangt, das bei Einlösungstermin für verpfändete Gegenstände bis 1. 1. 25 verlängert wird, wird gutgeheißen. Ebenfalls wird den Heinen Handwerkern und Gewerbetreibenden die fällige Gewerbesteuer auf die Dauer von acht Wochen gestundet. Der öffentlichen Verhandlung folgte eine geheime.

Briefkasten.
Brief an Ischoer. Warum annehmen? Nur feige Menschen bedenken ihre Handlungsweise nicht. Erwarte nochmals Zuschrift mit Namensunterzeichnung, andernfalls Vabierkorb.

Verantwortlich für den gesamten Text: Robert Schulz, Breslau. Inserate Max Ischoer, Breslau. — Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. O. m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Verammlungs-Kalender.
Breslau, Dillrich 9. Sonntag, den 15. Juni, vormittags 9 1/2 Uhr, Schulstraße 19, Dillrichverammlung. Gegen die Bistatsität der Tagesordnung hat jeder Genosse das Recht, Genossen unbedingt zu erscheinen.
Friedrich Söll, Dillrich 12. 13. 14. Sonnabend, den 14. Juni, Verammlung bei Wagnersbrot, Friedr. Söll, 14. Die Genossen müssen erscheinen.
Ebenfalls, den 14. Juni, abends 7 Uhr, im Büro, Friedrichstraße, Zusammenkunft aller Genossen, die Mitglieder des Komitees „Bundschuh“ sind. Referat über die Genossen wird erarbeitet.
In Oberteil der Gewerkschaftsfraktionen empfangen Freitag, den 13. Juni, vor der öffentlichen Verammlung in den Zentral-Hallen wichtiges Material.

Umtliche Bekanntmachungen von Dittersbach.
Bekanntmachung.
Die über den Amtsbetrieb Dittersbach erteilte hängende Hundesteuer ist wieder aufgehoben worden.
Dittersbach, den 10. Juni 1924.
Der Amtsvorsteher-Stellvertreter.

Die Ausgabe der Mitterpalette an werdende und stillende Mütter findet am Montag, den 16. Juni d. J., nachmittags 3 Uhr, in der hiesigen Säuglingsfürsorge, Hauptstraße 199, statt. Bescheinigung, 40 Pfennige und eine Schüssel sind mitzubringen.
Dittersbach, den 11. Juni 1924.
Der Gemeindevorstand.

Umtliche Bekanntmachungen von Weißstein.
Bekanntmachung.
Auf die im Amtsgebäudeausflur ausliegende Bekanntmachung betr. „Belämpfung der Dillrich“ weist ich hin.
Weißstein, den 2. Juni 1924.
Der Amtsvorsteher-Stellvertreter.
J. B. Hertwig.

Bekanntmachung.
Außerordentliche Sitzung der Gemeindevertretung Weißstein, Dienstag, den 17. Juni 1924, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Saale des Amtsgebäudes. Tagesordnung: Wahl des Amts- und Gemeindevorstehers.
Weißstein, den 5. Juni 1924.
Der Gemeindevorsteher.
J. B. Hertwig, bei Schöffe.

Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. O. m. b. H., Breslau.
Sonntag, den 15. Juni, vorm. 9 Uhr im Kleinen Saale des Schießwerder:
General-Versammlung
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht,
2. Vorlegung der Bilanz.
Die Liquidatoren:
Max Zschocher, Alfred Oelbner, Oswald Scholz.

■ Jedem vorwärtsstrebenden Arbeiter sind die Ankündigungen unserer Buchhandlung ganz besonders zu empfehlen ■

Wo interessiert man am vorteilhaftesten?
Nur in der „Schles. Arbeiter-Zeitung“.

RATIBOR O.-S.

Die gegebene Einkaufsstätte des Verbrauchers
ist und bleibt das
Schuhhaus Aschner, Ratibor
Domstraße Nr. 9-10.

JOHANN JANIK
Ratibor OS. — Bosatzer Straße 19
Möbel-Tischlerei u. Lager
Anfertigung aller ins Fach schlagenden Arbeiten in sauberer Ausführung

E. Neisser, Ratibor
Langestr. 46.
Herrenkonfektion, Herrenartikel und Schuhwaren sowie sämtliche Arbeiterbedarfsartikel

Gebrüder Translateur
Manufakturwaren
Ratibor O.-S. Langestr. 30

Heinrich Harbolla
Ratibor Domstr. 3
Damen- und Mädchen-Bekleidung

Beherrzigen Sie das bei Ihren Einkäufen!
Reserviert:
Schuhhalle Ratibor
Langestr. 17
bringt
den guten Schuh, den billigen Preis!

JOSEF HENNEK
Zigarren-Import und Versand
RATIBOR
Bahnhofstr. 8 Bahnhofstr. 8

Jede Brillensache
fachgerecht nur beim
Optiker H. FUHRMANN
RATIBOR Bahnhofstr. 4
Sorgfältige Lieferung aller Krankenkaufen-Billen.

Robert Sonnek
Ratibor O.-S. — Neue Straße 3
Spezial-Geschäft für feine Herrengarderobe
Maß-Anfertigung

Josef Stanulla Nachflg.
Ratibor Ring 10
Manufaktur- u. Modewarenhaus
Spezialität: Sammet und Seiden

Th. Bankowski
Ratibor OS. — Langestr. 24
Spezial-Geschäft für
Rasiermesser, Scheren, Messer
Rasierapparate sowie sämtliche Reise-Utensilien
Eigene Schleiferei

Schnh-Zentrale
Inh. M. Tockus
RATIBOR
Bahnhofstraße Nr. 4

Schuhhaus Merkur
Ratibor O.-S. Nr. 50 Langestr. Nr. 50

KASSEL & CO.
Modernes Herren- und Knaben-Bekleidung
Ratibor Oderstr. 4

Schuh-Palast
Hansa
M. Bakofzer
Ratibor, Domstr. 3
Großes Lager in Schuhwaren aller Art

Herren- und Knaben-Garderobengeschäft
Großes Lager in Arbeiter-Konfektion
Anfertigung nach Maß zu billigsten Preisen
Unterhalte gr. Stoff- und Futterwarenlager
Josef Hacker Ww., Inh.: Paul Kachel
Telefon 198 — Domstr. 2, gegenüber der Pfarrkirche
en gros — Strang reelle Bekleidung — en detail

Küchen-, Stuben-Möbel
einfache u. moderne Einrichtungen werden hergestellt bei
Tischlermeister Philipp Sobina
Ratibor, Gr. Vorstadtstr. 45
Eigene Tapezierer-Werkstatt